

aktuelle analysen

59

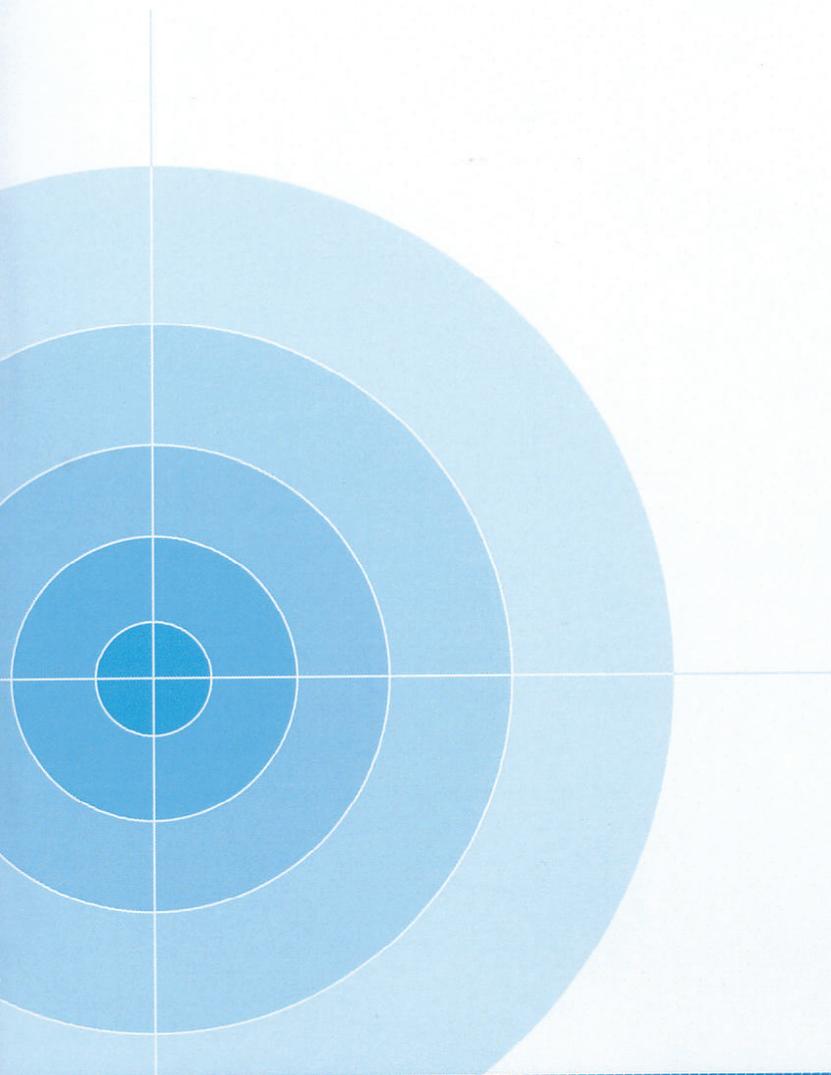
 Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

Gerhard Hirscher

DIE WAHLERGEBNISSE DER CSU

Analysen und Interpretationen



Gerhard Hirscher

DIE WAHLERGEBNISSE DER CSU

Analysen und Interpretationen

Impressum

ISBN	978-3-88795-400-0
Herausgeber	Copyright 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autor	Gerhard Hirscher
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

1. Die CSU als Regionalpartei im asymmetrischen Parteiensystem Bayerns	5
2. Wahlen zum Bayerischen Landtag	7
Wahlergebnisse im Kontext	7
Analyse des Wahlverhaltens	15
3. Wahlen zum Deutschen Bundestag	18
Wahlergebnisse im Kontext	18
Analyse des Wahlverhaltens	23
4. Wahlen zum Europäischen Parlament	26
Wahlergebnisse im Kontext	26
Analyse des Wahlverhaltens	29
5. Kommunalwahlen	32
6. Zusammenfassung: heutige und künftige Wählerschaften der CSU	35
Die Wahlergebnisse in Perspektive	35
Die CSU als bayerische Partei	39
Die CSU im 21. Jahrhundert	42
Anmerkungen	44

Die Wahlergebnisse der CSU

Analysen und Interpretationen

Gerhard Hirscher

1. Die CSU als Regionalpartei im asymmetrischen Parteiensystem Bayerns

Das Wahlgebiet der CSU ist ausschließlich der Freistaat Bayern. Dies galt für ihre gesamte Geschichte seit 1946. Bei allen überregionalen Wahlen – ob Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen – trat sie nur dort an. Mit ihrer Gründung als eigenständiger Partei als Teil des christlich-demokratischen Lagers wurde aber auch eine Arbeitsteilung festgelegt, die bis heute ihre Gültigkeit behalten hat: Die CSU kandidiert in Bayern, die CDU im restlichen Deutschland. Auch wenn die Ausdehnung des Wahlgebietes nach der Wiedervereinigung 1989/90 andere Möglichkeiten eröffnet hätte und trotz sporadisch aufflammender Debatten um eine bundesweite Ausdehnung der CSU (vor allem im Umfeld des sogenannten „Kreuther Trennungsbeschlusses“ im November 1976), ist dies bislang so geblieben. Auch zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts scheint ein Beibehalten dieses Status quo wahrscheinlich zu sein. Die CSU ist also eine Regionalpartei, weil sie nur in Bayern kandidiert. Diese Arbeitsteilung mit der CDU und ihr allgemeiner politischer Anspruch erlauben es aber, sie als unechte Regionalpartei zu bezeichnen.¹

Eine unechte Regionalpartei wäre nach dieser Definition eine Partei, die zwar nur in einer definierbaren Region kandidiert, die aber aufgrund eines Konkurrenzausschlusses einem anderen politischen Wettbewerb wie im Gesamtstaat unterliegt. Ein Gebietskartell minimiert die Zahl der Wettbewerber. Bei der CSU war und ist dies der Fall: Als Teil der Union bildet sie zwar mit der CDU im Deutschen Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft und tritt auf der zentralen Ebene als einheitlicher Akteur auf, indem sie als CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag² auch nur zusammen mit der CDU Regierungen bildet. Für das Wahlgebiet hat sie allerdings mit der CDU eine dauerhafte Regelung vereinbart, die vorsieht, dass die CSU nur in Bayern und die CDU ausschließlich im Rest Deutschlands kandidiert. CDU und CSU treten bei keiner Wahl gegeneinander an. Insofern ist die CSU Regionalpartei, aber als Teil der Gesamt-Union gleichzeitig Filiale einer bundespolitischen Kraft. Diese Konstruktion hat in der Geschichte des deutschen Parteiensystems auch mit dafür gesorgt, dass die CSU nicht wie andere Regionalparteien (Bayernpartei oder Deutsche Partei) mit der Zeit an Bedeutung verloren hat oder in einer anderen Partei aufgegangen ist.

Aus dieser Konstellation heraus hat die CSU immer das Selbstverständnis formuliert, eine regionale Partei nicht nur mit bayerischem, sondern auch mit bundes- und europaweitem Anspruch zu sein. Da nur Bayern ihre Machtbasis sein konnte, kam dem Wahlverhalten im Freistaat stets großes Augenmerk zu. Dieser Anspruch bedeutete aber immer auch einen großen Druck für die Partei: Nur als starke Partei, die in Bayern die Regierungen anführt, konnte sie auf Dauer ihr Bestreben begründen, auch die Politik im Bund und in Europa entscheidend mitbestimmen zu können. Daher war es für die Geschichte der CSU von zentraler Bedeutung, zuallererst bei den Landtagswahlen überzeugend abzuschneiden. Diese Erfolge beinhalteten nicht nur (mit Ausnahme der Jahre 1954-57) die führende Rolle in der Staatsregierung oder zumeist sogar die Rolle als alleinige Regierungspartei. Das System des deutschen Föderalismus sorgte auch dafür, dass die Staatsregierung (und damit auch die CSU) über den Bundesrat mitwirken und dort eigenständige Akzente setzen konnte. Die spezielle Konstruktion der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag betonte die Sonderrolle und war ein zusätzliches Instrument der Durchsetzung der Interessen der CSU. In den Regierungszeiten war die CSU quasi als zentrale bayerische Interessenvertretung direkt im Bundeskabinett vertreten. Außerdem war es insbesondere in den Zeiten, in denen die Union im Bund in Opposition war (1969-1982 und 1998-2005) von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die CSU, dass sie gleichzeitig in München alleinige Regierungspartei war. Diese Machtbasis in Bayern war immer die Grundlage für alle weitergehenden Ansprüche. Die Wahlerfolge in Bayern waren deren Voraussetzung.

Nach einer kurzen Krisenphase Anfang der 50er-Jahre war es offensichtlich, dass sich das bayerische Parteiensystem durch die wachsende Vorherrschaft der CSU in ein asymmetrisches Parteiensystem entwickeln würde. Die wachsende quantitative Asymmetrie beförderte immer mehr auch eine materiell-qualitative Asymmetrie, worauf Andreas Kießling 2004 in seiner gedruckten Dissertation hingewiesen hat.³ Dabei profitierte die CSU im Laufe der Zeit nicht nur mehr von den vorgegebenen strukturell-institutionellen Faktoren, sondern sie konnte die Rahmenbedingungen durch ihre eigene Leistung im Kontext ihres Sondercharakters immer weiter zu ihren Gunsten verbessern. Trotz der tiefgreifenden Veränderungen, die die bayerische Gesellschaft seit 1946 hinter sich gebracht hat, ist die CSU nach wie vor in der Gesellschaft verankert und bei Wahlen erfolgreich und hat ihren Charakter als Volkspartei erhalten können⁴ – sogar gestandenen Parteienforschern kommt das bisweilen wie ein „Wunder“ vor.⁵ Diese Asymmetrie ist über Jahrzehnte gewachsen und hat Bayern wie Deutschland geprägt.⁶ Daher spricht einiges dafür, dass sie auch künftig erhalten bleiben wird.

2. Wahlen zum Bayerischen Landtag

Wahlergebnisse im Kontext

Zweifelsohne war die CSU von Anfang an eine erfolgreiche Neugründung. In den frühen Jahren der Parteigeschichte gab es bei den Landtagswahlen jedoch heftige Ausschläge und es sollte einige Zeit dauern, bis sich diese verstetigten und sich die CSU als die in Bayern führende Partei fraglos etabliert hatte.⁷

Der CSU als „einer autonomen Landespartei mit besonderem Bundescharakter“⁸ erwuchs mit der Bayernpartei (BP) bald ein neuer Konkurrent, der erst am 29. März 1948 von der amerikanischen Militärregierung lizenziert worden war. Als „radikal-föderalistische, bayerisch-vaterländisch orientierte Partei“⁹ verschärfte sie nicht nur die internen Konflikte der CSU, sondern brach auch tief in ihr Wählerpotenzial ein: Nach dem Gewinn von 52,3 % der Stimmen bei den ersten Landtagswahlen in Bayern 1946 konnte die CSU bei der Bundestagswahl 1949 nur noch 29,2 % und bei der Landtagswahl 1950 noch 27,4 % der Stimmen in Bayern auf sich vereinen – größtenteils Verluste, die wohl die BP für sich buchen konnte. Daneben kämpften (wie in anderen Teilen Deutschlands auch) noch andere kleine Parteien um das bürgerlich-konservative oder liberale Wählerpotenzial. Insbesondere mit der BP musste aber auch an der Wahlurne der Kampf um die Frage geführt werden, ob die christlich-demokratische Parteikonzeption einem bajuwarisch orientierten Neopartikularismus überlegen war.

Dieser Kampf sollte noch eine Weile dauern: Bei der ersten Landtagswahl 1946 – bei noch eingeschränkter Konkurrenz – holte die CSU 52,3 % und konnte mit SPD und WAV die Regierung unter der Führung von Hans Ehard stellen. Neben der FDP mit 5,7 % konnte im Lager rechts von der Mitte nur noch die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung mit 7,4 % der Stimmen in den Landtag einziehen. Auf der anderen Seite blieben die SPD mit 28,6 % und die KPD mit 6,0 % weit von der politischen Mehrheitsfähigkeit entfernt. Dieses Grundmuster sollte sich durch die gesamte bayerische Wahlgeschichte durchziehen.

Bei der zweiten Landtagswahl 1950 (also schon nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Akzeptieren des Grundgesetzes durch den Freistaat Bayern) halbierte die CSU mit 27,4 % fast ihr Ergebnis von 1946. Zwar konnte sich die SPD mit 28,0 % nicht verbessern, aber sie schnitt zum ersten und einzigen Male bei einer Wahl in Bayern besser als die CSU ab. Die KPD versank mit 1,9 % in der Bedeutungslosigkeit, aber die BP mit 17,9 %, der GB/BHE mit 12,3 %, die FDP mit 7,1 % und die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) mit 2,8 % verhinderten eine Alleinregierung der CSU. Diese musste wiederum unter der Führung von Hans Ehard eine Koalition mit SPD und GB/BHE bilden. Damit war die Zukunft der CSU (die bei den ersten Bundestagswahlen 1949 auch nur 29,2 % erhalten hatte) alles andere als gesichert. Es sollte bis zu den Landtagswahlen 1970 dauern, bis die CSU das Resultat von 1946 erreichte und übertraf, während sie bei den Bundestagswahlen schon

im Jahr 1957 ein besseres Ergebnis als zur ersten Landtagswahl erzielte. Voraussetzung hierfür war nicht nur eine Beendigung der innerparteilichen Kämpfe, sondern auch eine allmähliche Bereinigung und Konzentration des Parteiensystems. Die CSU hat diesen Prozess im Laufe der Zeit immer stärker mitgesteuert und ging daher als Gewinner aus dieser Entwicklung hervor. Es ist aber ebenso offensichtlich, dass die CSU auch von den Veränderungen in Gesellschaft und politischer Kultur in Bayern und in Deutschland profitierte.

Die Landtagswahl vom 28. November 1954 brachte einen weiteren Rückschlag für die Partei. Zwar gewann die CSU bei diesen Landtagswahlen stark hinzu und verbesserte sich auf 38,4 %; die anderen Parteien stagnierten oder verloren deutlich: die SPD erhielt 28,1 %, die BP 13,2 %, der GB/BHE 10,2 % und die FDP 7,2 %. Dennoch wurde eine breite Koalition aus SPD, FDP, GB/BHE und BP gebildet, die „Viererkoalition“ – ein Bündnis äußerst heterogener Partner mit dem einzigen gemeinsamen Nenner, die CSU von der Regierung abzuhalten. Damit war die erste und bislang einzige Regierungskoalition in Bayern ohne Beteiligung der CSU zustande gekommen. Diese „Viererkoalition“ blieb immerhin vom 14. Dezember 1954 bis 16. Oktober 1957 im Amt, war aber nach der Bundestagswahl vom 15. September 1957, bei der die CSU mit 57,2 % erstmals bei einer Bundestagswahl weit über 50 % erhalten hatte, nicht mehr vor dem Zerfall zu retten. Die CSU konnte unter dem Ministerpräsidenten Hanns Seidel eine neue Regierungskoalition mit GB/BHE und FDP bilden.

Das Ende der „Viererkoalition“ gegen die CSU in Bayern, wachsende interne Probleme bei der BP und das hervorragende Ergebnis der CSU bei der Bundestagswahl 1957 (57,2 %) hatten die wachsende Integrationskraft der CSU deutlich unterstrichen. Das Einbinden der kleineren Parteien in Koalitionen unter der Führung der CSU unterstützte das allmähliche Aufsaugen deren Wählerpotenzials durch die CSU. Bei den Landtagswahlen vom 23. November 1958 konnte die CSU mit 45,6 % zwar noch nicht die absolute Mehrheit erreichen, aber mit einem Gewinn von 7,2 % deutlich zulegen. Die SPD konnte zwar ebenfalls etwas zulegen und kam auf 30,8 %, die drei kleineren Parteien verloren aber jeweils klar; darunter die BP um über 5 Punkte auf 8,1 %, der GB/BHE kam auf 9,0 % und die FDP auf 5,6 %. Hanns Seidel konnte die Koalition mit GB/BHE und FDP fortsetzen. Nach dessen gesundheitsbedingtem Rücktritt übernahm erneut Hans Ehard am 26. Januar 1960 für den Rest der Legislaturperiode die Regierung.

Bei den Landtagswahlen vom 25. November 1962 gewann die CSU 47,5 % der Stimmen und näherte sich der 50-%-Marke an, die sie im Bund schon 1957 überschritten hatte. Die SPD legte zwar auf 35,3 % zu, die BP sowie der bisherige Koalitionspartner GB/BHE mussten aber deutlich Stimmen abgeben und erhielten nur noch 4,5 % bzw. 5,1 %; die FDP konnte sich mit 5,9 % kaum verbessern. Damit hatte die CSU erstmals seit 1946 wieder die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag gewonnen (108 von 204); die BP zog letztmals (mit 8 Abgeordneten) in den Landtag ein. Mit der Bildung des Kabinetts durch Alfons Goppel (dem anfangs noch ein Staatssekretär der BP angehörte, der aber später der CSU beitrug) begann die lange Phase der Alleinregierungen der CSU in Bayern, die bis September 2008 anhalten sollte.

Die Wahlergebnisse stiegen nun auch bei den Landtagswahlen weiter kontinuierlich an.¹⁰ Am 20. November 1966 holte die CSU 48,1 %. Zugleich konnte sich die SPD leicht auf 35,8 % verbessern – das beste Ergebnis, das sie bis heute bei Landtagswahlen je erzielt hat. Die FDP verlor leicht und kam auf 5,1 %. Damit kam sie aber trotzdem nicht in den Landtag, weil sie das Quorum, das bis 1970 galt (10 % in einem Regierungsbezirk), nicht erreichte – erst danach wurde die übliche 5-%-Hürde auf Landesebene eingeführt. Die BP kam nur noch auf 3,4 % und der GB/BHE war bei seinem letzten Antreten in Bayern mit 0,2 % praktisch verschwunden. Ein beachtliches Protestwahlverhalten machte sich in einem Wert von 7,4 % für die NPD Luft, die somit für eine Legislaturperiode in den Bayerischen Landtag einziehen konnte – der bislang einzige Fall, wo dies einer rechtspopulistischen oder rechtsextremistischen Partei in Bayern gelungen war.

Bei den Landtagswahlen vom 22. November 1970 gewann die CSU 8,3 % hinzu und übersprang mit 56,4 % erstmals seit 1946 auch in Bayern klar die 50-%-Marke. Neben der SPD mit 33,3 % war nur noch die FDP mit 5,2 % im Landtag vertreten. Die BP hatte noch 1,3 %, die NPD 2,9 % erhalten. Der bundesweite Trend zur Konsolidierung des Parteiensystems hatte sich auch in Bayern deutlich manifestiert.

Die folgenden Landtagswahlen setzten diesen Trend fort: Bei den Landtagswahlen vom 27. Oktober 1974 legte die CSU nochmals deutlich zu und erzielte mit 62,1 % ihr bislang bestes Ergebnis. Die SPD musste Stimmen abgeben und kam noch auf 30,2 %, die FDP kam mit 5,2 % gerade noch in den Landtag. Die BP mit 0,8 % und die NPD mit 1,1 % versanken in der Bedeutungslosigkeit.¹¹ Damit profitierte die CSU einerseits stark von ihrer durch Franz Josef Strauß verkörperten Rolle als Gegenpol zur Bundesregierung unter Willy Brandt und andererseits von der Popularität des Landesvaters Alfons Goppel. Dieses Resultat war zum anderen aber auch Ausdruck der veränderten Rolle der CSU im gewandelten Bayern. Sie hat bei dieser Wahl bislang am deutlichsten Wähler über ihre traditionellen Milieus hinaus an sich binden können und noch dazu überproportional bei Jungwählern gewonnen. Ohne ihre Verankerung bei den (vor allem katholischen) Bauern und Handwerkern zu verlieren, konnte sie bei Arbeitern, Angestellten und Beamten, generell bei der urbanen Mittelschicht, stark zulegen.¹² Spätestens seit dieser Wahl war die Sonderrolle, die die CSU auch in wahlsoziologischer Hinsicht spielte, unübersehbar und wurde von Publizistik und Wissenschaft verstärkt aufgegriffen.¹³

Diese Überlegenheit, die sich in diesen Wahlergebnissen ausdrückt, korrespondierte mit dem Ausbau der CSU zu einer Volkspartei, die auch organisatorisch den gesamten bayerischen Raum erfasste. Die CSU erntete so die Früchte des Ausbaus ihrer Organisation und der verstärkten Professionalisierung ihrer Parteilinie. Alf Mintzel hat dies einmal so zusammengefasst: „Wie die Wahllandschaft, so färbte sich auch die Organisationslandschaft flächendeckend schwarz.“¹⁴ Genau dies ist der größten Oppositionspartei in Bayern, der SPD, bis heute nicht gelungen: Mitte der 80er-Jahre war sie lediglich in 62 % der politischen Ge-

meinden Bayerns mit einem Ortsverein vertreten.¹⁵ Von daher ist die Behauptung plausibel, dass die neu aufkommende Partei der „Grünen“ in den 80er-Jahren gegen die „erdrückende Übermacht des konservativen Parteikolosses“ nichts ausrichten konnte und hauptsächlich dort an Boden gewann, wo die SPD ihre Basen und Rekrutierungsfelder hatte.¹⁶ Die jüngsten Wahlen haben gezeigt, dass diese Erosionsprozesse bei der Sozialdemokratie seit dieser Zeit nicht gestoppt werden konnten und vielleicht noch nicht am Ende sind. In den 70er-Jahren verfestigte sich also in Bayern der Trend zum asymmetrischen Parteiensystem zugunsten der CSU, der sich in den 90er-Jahren nochmals verschärfte.

Auch nach der nächsten Landtagswahl vom 15. Oktober 1978 – der ersten in der Ära Franz Josef Strauß als Bayerischer Ministerpräsident – blieben die Ergebnisse für die CSU deutlich über der 50%-Marke.¹⁷ Strauß, der bereits nach dem Tode Hanns Seidels im Jahre 1961 den Vorsitz der CSU übernommen hatte, wurde immer mehr zur dominierenden Persönlichkeit der CSU und übernahm 1978 auch das Amt des Ministerpräsidenten. Die CSU blieb nicht nur erfolgreiche Wahlpartei, sondern auch hegemoniale Regierungspartei. Im Herbst 1978 erzielte die CSU 59,1 %, die SPD konnte sich leicht auf 31,4 % erholen, die FDP auf 6,2 %. BP mit 0,4 % und NPD mit 0,6 % blieben als Restparteien bedeutungslos. Die Rückgänge für die CSU wurden von der Wahlforschung durch geringes Interesse und mangelnde Wahlmotivation angesichts eines im Vorfeld feststehenden Wahlausgangs erklärt.¹⁸ Die landes- wie bundespolitische Ausgangslage wurde für die CSU durch diese Wahl also nicht negativ beeinflusst; ganz im Gegenteil konnte Franz Josef Strauß daraus Rückenwind für seine bundespolitischen Ambitionen ableiten, die ihn zur Kanzlerkandidatur 1980 führten.

An diesen Verhältnissen änderte sich in den nächsten Wahlen wenig: Bei der Landtagswahl vom 10. Oktober 1982 – der ersten nach der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß 1980 – traten zwar die Grünen erstmals bei Landtagswahlen als neue Konkurrenz an und erreichten immerhin 4,6 %. Die CSU konnte jedoch ihr Ergebnis mit 58,3 % fast halten und bei den abgegebenen Stimmen sogar zulegen; die SPD verbesserte sich nur knapp auf 31,9 %, während die FDP mit 3,5 % den Einzug in den Landtag verpasste – der Koalitionswechsel der FDP im Bund zur Union in diesem Jahr hatte sich bei dieser Landtagswahl negativ für sie ausgewirkt. BP mit 0,5 % und NPD mit 0,6 % blieben erneut chancenlos. Die politischen Kräfteverhältnisse blieben in Bayern also äußerst stabil.¹⁹

Bei der Landtagswahl vom 12. Oktober 1986 – der, wie sich später herausstellen sollte, letzten mit dem Spitzenkandidaten Franz Josef Strauß – wurde die CSU in Gestalt der Republikaner mit einer neuen Konkurrenzpartei konfrontiert.²⁰ Diese erhielten aber nur 3,0 %, während die Grünen mit 7,5 % in den Bayerischen Landtag einziehen konnten. Die CSU erhielt bei leichten Verlusten 55,8 %, die SPD verlor etwas mehr und bekam 27,5 %. Die FDP holte erneut 3,5 % und kam wieder nicht in den Landtag; BP und NPD blieben mit 0,6 % und 0,5 % auf dem Niveau von Splitterparteien. Mit dem Sieg der CSU hatten im Vorfeld laut Forschungsgruppe Wahlen 91,5 % der Befragten gerechnet. Der Erfolg der CSU war vor allem

deswegen bemerkenswert, als sie nicht darunter litt, wieder in der Bundesregierung vertreten zu sein. Der häufig in Deutschland festzustellende Effekt, dass eine im Bund regierende Partei in dieser Zeit bei Landtagswahlen verliert, war bei Landtagswahlen seit 1983 innerhalb der Union weit stärker seitens der CDU zu verzeichnen gewesen. Gleichzeitig konnte die SPD – obwohl jetzt Oppositionspartei im Bund – keinen Boden gut machen und verfehlte ihr ausgegebenes Wahlziel von „35 % plus x“ bei weitem.²¹ Trotz der leichten Verluste war das Wahlergebnis also ein klarer Erfolg der CSU, der auch ihre Position in Bonn festigte. In den 80er-Jahren zeigten sich in Bayern wie in anderen Ländern wieder verstärkt Tendenzen zur Aufsplitterung des Parteiensystems; die Grünen wurden auch in Bayern zur dritten Kraft. Allerdings änderte sich an der Asymmetrie zugunsten der CSU nichts.

Die 80er-Jahre bildeten also in mancherlei Hinsicht den Höhepunkt in einer langen Entwicklung der politischen Führungsrolle der CSU in Bayern: die sozialstrukturellen Angleichungsprozesse der Wählerschaft in Bayern waren weit vorangekommen (wenn auch noch nicht beendet), die organisatorische Modernisierung der Partei hatte einen sehr hohen Stand erreicht, von dem aus bedeutende politische Erfolge zu erzielen waren. Die Wahlergebnisse blieben auf einem hohen Niveau über der 50%-Marke. Mitgliederdichte und Stimmenergebnisse für die CSU hatten sich zwischen 1974 und 1986 etwa parallel entwickelt.²² Die Ausgangsbasis für die nächsten Jahre schien also ziemlich gut zu sein, auch wenn sich neue Parteien dem Wettbewerb stellten.

Der Tod von Franz Josef Strauß am 3. Oktober 1988 stellte die CSU auf die Probe, ob sie ihre Stellung als hegemoniale Regierungspartei in Bayern nahtlos würde fortführen können. Die neu geschaffene „Doppelspitze“ mit Theo Waigel, dem bisherigen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, und Max Streibl als Ministerpräsidenten sorgte für einen relativ reibungslosen Übergang nach der Ära Strauß.²³ Für den Rest der Legislaturperiode amtierte Max Streibl (vom 19. Oktober 1988 bis 30. Oktober 1990) erneut mit einer Alleinregierung, die er nach dem Wahlerfolg bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 (die CSU erreichte 54,9 % trotz des relativen Erfolges der Republikaner mit 4,9 %) fortsetzen konnte.²⁴ Die SPD verlor erneut und kam auf 26,0 %, während FDP mit 5,2 % und Grüne mit 6,4 % wieder in den Landtag einziehen konnten; die BP verharrte auf 0,8 %. Die Landtagswahl 1990 stand einerseits für die CSU unter dem Damoklesschwert der Konkurrenz durch die Republikaner, die in der Kommunalwahl im Frühjahr 1990 in einigen Regionen beachtliche Ergebnisse erreichen konnten.²⁵ Bei dieser Landtagswahl war es der CSU wieder gelungen, große Teile des Wählerpotenzials der Republikaner auf ihre Seite zu ziehen.²⁶ Auf der anderen Seite stand sie unter dem Eindruck der Wiedervereinigung Deutschlands, für die sich gerade die CSU über Jahrzehnte intensiv eingesetzt hatte. Die Einflüsse der Bundespolitik waren also eher positiv. Gegenüber der Europawahl 1989 konnte die CSU ein deutlich verbessertes Ergebnis einfahren; die erste Landtagswahl im wiedervereinigten Deutschland hat ihre Sonderrolle bekräftigt. Unter den Wählern waren drei Viertel der Meinung, die CSU würde am besten bayerische Interessen vertreten.²⁷ Außerdem wirkten sich bei dieser Wahl nicht nur die

Kompetenzwerte der CSU positiv aus, sondern die nach wie vor hohen Sympathiewerte für den zwei Jahre zuvor verstorbenen Franz Josef Strauß. Dies mobilisierte vor allem die CSU-Anhänger: 85 % der Wähler, die Strauß „sehr positiv“ einschätzten, wählten 1990 auch CSU.²⁸ Die erste Landtagswahl nach Strauß gab keinerlei Hinweise darauf, dass sich an der Asymmetrie des bayerischen Parteiensystems kurzfristig etwas ändern würde.

Allerdings wurde die Alleinregierung der CSU bald auf eine neue Probe gestellt: Im Frühjahr 1993 trat Max Streibl nach heftigen Diskussionen um die sogenannte „Amigo-Affäre“ zurück. Die Kraft und die Verankerung der CSU wurde in diesen turbulenten Zeiten nicht zuletzt dadurch dokumentiert, dass Edmund Stoiber das Amt des Regierungschefs am 28. Mai 1993 nach kurzem Kampf übernehmen konnte und für den Rest der Legislaturperiode weiterregierte. Die nächsten Landtagswahlen vom 25. September 1994 waren daher von allen Seiten nicht nur als Zeugnis über die neue Regierung, aber auch generell über die Regierungsfähigkeit der CSU gesehen worden.²⁹ Da die Umfragewerte für die CSU teilweise sogar unter die 40%-Marke gesunken waren,³⁰ war das Ergebnis durchaus ein Fingerzeig. Die 52,8 %, die die CSU angesichts der dramatischen Umstände bei dieser Landtagswahl holte, konnten als Erfolg und Bestätigung der Rolle der CSU gewertet werden, zumal dies über den Werten der CSU bei der Europawahl und der Bundestagswahl dieses Jahres lag. Die SPD konnte sich nochmals auf 30,0 % verbessern, aber nur die Grünen schafften mit 6,1 % den Einzug in den Landtag. FDP mit 2,8 %, die Republikaner mit 3,9 % und erst recht die BP mit 1,0 % verfehlten dieses Ziel. Die Wahl kurz nach einer großen innerparteilichen Krise und inmitten eines großen Ansehensverlustes der Regierung Kohl, die zwei Wochen später nur denkbar knapp die schwarz-gelbe Mehrheit retten konnte, war also ein wichtiger Erfolg für die Partei und eine Bestätigung des neuen Regierungschefs Edmund Stoiber.³¹ Stoiber hatte unmittelbar nach den medial hoch gehandelten Auswirkungen der sogenannten „Amigo-Affäre“ bei seinem ersten Antreten einen sehr guten Wert von +1,9 von allen Wählern und +3,3 (auf einer Skala von +5 bis -5) bei den CSU-Anhängern erhalten.³² Erneut konnte also unter der Führung Edmund Stoibers eine Alleinregierung der CSU gebildet werden; die Asymmetrie des bayerischen Parteiensystems blieb weiter erhalten.

Die nächste Landtagswahl vom 13. September 1998 fand ebenfalls unter für die CSU schwierigen Umständen statt.³³ Seitens der Führung von Partei und Staat war großer Wert darauf gelegt worden, die Landtagswahl zwei Wochen vor der Bundestagswahl abzuhalten – ein gemeinsamer Wahltermin wurde abgelehnt, da man befürchtete, die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung würde sich dann auch auf das Landtagswahlergebnis abfärben. Gleichzeitig war diese Wahl eine Abstimmung über die Modernisierungspolitik der Staatsregierung („Laptop und Lederhose“), mit der sie gegenüber anderen Ländern, aber auch dem Bund eigene Akzente setzen wollte. Die Entscheidung, die Landespolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, wurde auch von der Wahlforschung im Nachhinein als richtig beurteilt.³⁴ Die CSU stand also vor der diffizilen Ausgangslage, gleichzeitig einen „doppelten Medienwahlkampf“ mit landes- und bundespolitischer Dimension führen zu müssen.³⁵ Auch

die Opposition hatte gehofft, die CSU würde unter die 50-%-Marke fallen, zumal zwei Volksbegehren während der Legislaturperiode zum kommunalen Bürgerentscheid 1995 und zur Abschaffung des Senats 1998 nicht im Sinne der CSU ausgegangen waren. Aber bei diesen Landtagswahlen – zwei Wochen vor dem Ende der schwarz-gelben Regierungskoalition im Bund unter Helmut Kohl – konnte die CSU ihre Position in Bayern wieder einmal eindrucksvoll unterstreichen. Sie konnte mit 52,9 % klar die absolute Mehrheit in Bayern bestätigen, während die SPD leicht auf 28,7 % absank. Die Grünen kamen mit 5,7 % wieder in den Landtag, während die FDP mit 1,7 % weiter an Boden verlor. Die Republikaner holten noch 3,6 %, die Freien Wähler, die erstmals bei einer Landtagswahl antraten, 3,7 %.³⁶ Für die Mehrheit der Wähler war bei dieser Landtagswahl deutlich die Landespolitik der entscheidende Faktor – laut Infratest Dimap für 58 % gegenüber 25 % für die Bundespolitik. Neben den grundlegenden Faktoren hat sich dieses Mal auch ein „Stoiber-Effekt“ im Wahlverhalten ausgewirkt, der sich vor allem in höherer Mobilisierung vor allem bei jüngeren Wählern ausgewirkt hat.³⁷ In der Beurteilung auf einer Skala von +5 bis –5 erhielt Stoiber diesmal sogar Werte von +2,3 von allen Befragten und +3,7 von den CSU-Anhängern;³⁸ von 83 % wurde er als guter Ministerpräsident bezeichnet.³⁹ Diese Wahl hat also nicht nur die Position der Regierungspartei CSU in Bayern gestärkt, sondern auch die Rolle der CSU in Berlin sowie der Position Edmund Stoibers innerhalb der Union. Angesichts der Verunsicherung der CDU nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 und deren innerparteilichen Schwächung durch die Spendenaffäre, von der die CSU nicht betroffen war, wurde das Gewicht der CSU innerhalb der Union nochmals verstärkt, womit der Weg zur Kanzlerkandidatur Stoibers 2002 vorgezeichnet war.

Die Landtagswahl vom 21. September 2003 wurde zum Höhepunkt der Ära Stoiber, der am 16. Januar 1999 auch den Parteivorsitz von Theo Waigel übernommen hatte und bei der Bundestagswahl 2002 als Kanzlerkandidat angetreten war.⁴⁰ Auf dem Gipfel seiner Popularität wurde Edmund Stoiber bei dieser Landtagswahl auch für sein knappes Scheitern bei der Bundestagswahl 2002 belohnt. Mit diesem Ergebnis habe er, so argumentierten sogar nüchterne Wahlforscher, „seine Vorgänger Goppel und Strauß in den Schatten“ gestellt.⁴¹ Seine Bewertung auf einer Skala von +5 bis –5 lag auf der Höhe von 1998 – +2,1 von allen Wählern und +3,8 bei den CSU-Anhängern;⁴² 81 % hielten ihn für einen guten Ministerpräsidenten.⁴³ Die CSU holte 60,7 % und erstmals die Zweidrittel-Mehrheit der Sitze im Bayerischen Landtag. Mit diesem Ergebnis – das allerdings bei der bisher niedrigsten Wahlbeteiligung von 57,1 % zustande gekommen war – unterstrich die CSU nochmals ihre Vormachtstellung in Bayern. Diese wurde dadurch noch gesteigert, dass die SPD als größte Oppositionspartei auf 19,6 % zurückfiel.⁴⁴ Die Grünen verbesserten sich auf 7,7 %, während die FDP erneut mit 2,6 % den Einzug in den Landtag verpasste. Die Freien Wähler holten 4,0 %, die Republikaner nur noch 2,2 %. Die hohen Kompetenzwerte für die CSU insgesamt trugen ebenfalls zu einer breiten Mobilisierung der CSU-Wählerschaft bei.⁴⁵ Die CSU hatte in allen Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit geholt. Ein derartiges Resultat bei einer Landtagswahl in Westdeutschland angesichts der seit Jahren beklagten sinkenden Bindungskraft der Volksparteien

war bemerkenswert.⁴⁶ Die Asymmetrie des bayerischen Parteiensystems schien durch diesen Sieg der Hegemonialpartei CSU weiter zementiert zu werden.

Doch die folgenden Jahre sollten die Mehrheitsfähigkeit der CSU auf die bisher größte Probe seit den frühen Jahren stellen. Nach der Bundestagswahl vom September 2005 wollte sich Edmund Stoiber – trotz anfänglicher Bereitschaft – nicht in die neue Bundesregierung der Großen Koalition mit Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin begeben. In der Folge wurde innerparteilich immer mehr die Führungsfrage gestellt, die um die Jahreswende 2006/2007 eskalierte. Edmund Stoiber kündigte seinen Rückzug für September 2007 an, wo der Wechsel in der Führung von Partei und Staatsregierung vollzogen wurde. Als am 28. September 2008 der 16. Landtag im Freistaat Bayern der Nachkriegszeit neu gewählt wurde, war von vornherein klar, dass diese Wahl unter anderen Vorzeichen abgehalten werden würde als die letzte Landtagswahl vom 21. September 2003. Die Ära Stoiber war beendet – eine neue Doppelspitze mit Günther Beckstein und Erwin Huber stellte sich zur Wahl.⁴⁷ Wie Christian Deuschländer nachgewiesen hat, haben dabei vor allem die Regionalmedien in Bayern eine wichtige und verstärkende Rolle gespielt.⁴⁸ Außerdem war die CSU in die Regierendisziplin einer großen Koalition eingebunden und die Parteienlandschaft im wiedervereinigten Deutschland hat sich fürs Erste in ein Fünfparteiensystem ausdifferenziert. Die schlechter werdende Stimmung und die Umfragen in den Wochen zuvor ließen die Möglichkeit immer realistischer erscheinen, dass die CSU unter die 50-%-Marke rutschen könnte.

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 28. September 2008 war für die CSU eine Enttäuschung in unerwartetem Ausmaß:⁴⁹ Sie holte nur noch einen Anteil von 43,4 % – der schlechteste Wert seit 1954. Auch die Wahlbeteiligung war mit 58,1 % nur wenig über dem Wert von 2003. Allerdings konnte das linke Lager davon nicht profitieren: Die SPD erreichte 18,6 % und damit noch einen Prozentpunkt weniger als bei der letzten Wahl. Die Grünen legten 1,7 Punkte zu auf 9,4 % und die Linke verfehlte mit 4,3 % den Einzug in den Landtag. Die restlichen Mandate blieben im bürgerlichen Lager: Die FDP holte 8,0 % der Gesamtstimmen und die Freien Wähler erzielten 10,2 %. Keine Rolle spielten die BP mit 1,1 %, die Republikaner mit 1,4 % und die NPD mit 1,2 %. Günther Beckstein konnte als Spitzenkandidat mit Bewertungen (auf einer Skala von +5 bis –5) von +1,4 von allen Befragten und +3,1 von den CSU-Anhängern nicht an die Werte von Edmund Stoiber bei den vorigen Wahlen anknüpfen.⁵⁰ Beckstein wurde von 58 %, der Parteivorsitzende Huber nur von 36 % positiv bewertet.⁵¹ Zwar blieb die CSU in allen Bevölkerungsgruppen relativ die stärkste Partei, aber die deutliche Dominanz, die bei der Wahl 2003 (wieder)errungen worden war, war verschwunden. Über 50 % schnitt die CSU nur noch bei den Rentnern und den Landwirten ab – dort allerdings mit starken Verlusten.⁵² Damit war das Ende der kurzzeitigen neuen Doppelspitze eingeläutet und der Weg für die Übernahme des Vorsizes der Partei wie des Amtes des Ministerpräsidenten durch den seinerzeit beliebtesten CSU-Politiker, Horst Seehofer, geebnet. Eine bürgerliche Koalitionsregierung in Bayern war also problemlos möglich; eine Mehrheit gegen die CSU ist in Bayern weiterhin politisch unmöglich. Die Zeit der Alleinregierung der CSU war beendet,

aber ob damit auch das Ende der Hegemonialpartei CSU und des asymmetrischen Parteiensystems in Bayern gekommen waren, musste offenbleiben und war durch diese Landtagswahl nicht endgültig entschieden worden.⁵³ Es spricht einiges dafür, dass die Verluste der CSU „zu einem Gutteil kurzfristig situativen und konjunkturellen Faktoren geschuldet“⁵⁴ waren. Trifft dies zu, dann müsste sich die CSU bei künftigen Wahlen wieder deutlich über das Niveau der Landtagswahl 2008 erholen können.

Analyse des Wahlverhaltens

Für die jüngere Zeit liegen einige Daten vor, die es erlauben, das Wahlverhalten zugunsten der CSU im Zeitverlauf näher zu analysieren. So wird seit 1974 vom Statistischen Landesamt eine repräsentative Wahlstatistik geführt, die – anders als auf Bundesebene – bislang nicht unterbrochen wurde.⁵⁵

Dabei lassen sich zwei zentrale Entwicklungen erkennen: Zum einen waren die Stimmen der CSU in den siebziger Jahren noch homogener über die Altersgruppen verteilt. Zum anderen waren die Rückgänge (bei den Wahlen, bei denen Verluste zu verzeichnen waren) in den jüngeren Altersgruppen stärker als bei den Senioren. Bei den jüngsten Landtagswahlen hat sich das Wahlverhalten aller Altersgruppen unter 60 Jahren stark angeglichen, blieb aber deutlich unter dem Niveau der Senioren: Bei der Landtagswahl 2008 holte die CSU bei den über 60-Jährigen 57,0 %, ⁵⁶ bei allen anderen Altersgruppen landete sie unter der 40%-Marke. Bei keiner anderen Landtagswahl war die Differenz zwischen den Wählern über und unter 60 Jahren größer als 2008.

Diese Verteilung sah in den früheren Jahren noch deutlich anders aus: 1974 holte die CSU bei den über 60-Jährigen 63,2 %, lag aber auch bei den anderen Altersgruppen nicht sehr weit darunter (45-59: 60,7 %, 35-44: 61,2 %, 25-34: 60,4 % und 18-24: 59,1 %). Die Werte für die jüngeren Generationen gingen in den folgenden Jahren zum Teil deutlich zurück, während die über 60-Jährigen auch in allen weiteren Jahren einschließlich 2003 der CSU Werte über der 60%-Marke bescherten; 2003 sogar 65,3 %. Vor allem in den Generationen bis 45 Jahren gingen diese jedoch bis 1998 deutlicher auf Werte um die und später deutlich unter die 50%-Marke zurück. Lediglich bei den 45- bis 59-Jährigen blieb die CSU bis 2003 über diesem Wert. Eine große Ausnahme bildet die Wahl von 2003, als die CSU nochmals in allen Altersgruppen (mit Ausnahme der 18- bis 24-Jährigen) auf dem Niveau der 80er-Jahre abschnitt und die Senioren sogar mit einem Rekordwert aufwarteten. Die jüngste Landtagswahl 2008 fügt sich aber wiederum in einen langfristigen Trend, der gekennzeichnet ist durch allmählichen Wählerverlust bei den jüngeren und allmählich auch mittleren Altersgruppen. Bei den Frauen war dabei zumeist die Unterstützung der CSU in allen Altersgruppen stärker ausgeprägt als bei den Männern. Besonders deutlich wirkte sich dies bei den Wählerinnen über 60 Jahren aus; auch bei der Landtagswahl 2008 holten die Frauen dort

59 %, die Männer nur 54 %. Insgesamt ist der Trend zur Überalterung der Wählerschaft unübersehbar. Dieser geht zwar parallel zur Überalterung der Gesamtbevölkerung in Deutschland und Bayern, damit bleibt aber dennoch die Frage offen, ob die CSU auch künftig von einer derart überproportionalen Zustimmung bei den älteren Wählern profitieren kann wie bisher.

Für andere soziodemographische Daten liegen für die letzten beiden Jahrzehnte ebenfalls einige aussagefähige Werte vor.⁵⁷ Auch daran lassen sich interessante Entwicklungen ablesen. Dort zeigt sich, dass die CSU gegenüber den früheren Landtagswahlen in allen Berufsgruppen an Zustimmung verloren hat. Eine Ausnahme ist wiederum die Landtagswahl 2003, wo die Partei nochmals relative Rekordwerte in allen Segmenten holen konnte. Allerdings ist die Wahlbereitschaft bei Landwirten, die 1994 bei 78 % lag und 2003 sogar auf 91 % geklettert war, 2008 auf 52 % gesunken. Die zweitbesten Werte holte die CSU in der Regel bei den Rentnern, dort war allerdings auch ein Rückgang von über 60 % auf 56 % zu verzeichnen. Den Charakter der CSU als Volkspartei unterstreicht ihr Abschneiden bei Arbeitern, wo sie oft Werte um die 50 % und 2003 sogar 65 % holte, 2008 aber ebenfalls auf einen Wert von 41 % zurückfiel. Gegenüber früheren Landtagswahlen war die CSU 2008 besonders deutlich bei Beamten und Selbständigen zurückgegangen. Auch hier wird es interessant sein zu beobachten, ob sich dieser Trend fortsetzt.

Betrachtet man das Bildungsniveau, dann wird erneut der Charakter als Volkspartei deutlich: Bei der Landtagswahl 2008 hat die CSU zwar bei den Wählern mit formal niedriger Bildung nur noch 51 % erzielt (nach 67 % 2003 und 56 % 1998), damit war sie aber in dieser Gruppe deutlich überproportional gegenüber den anderen gemessenen Gruppen vertreten (mittlerer Bildungsabschluss: 43 %; höherer 35 %). Auf der anderen Seite hatte die CSU 2008 bei den Wählern mit hoher formaler Bildung etwa 10 Prozentpunkte schlechter abgeschnitten als bei den drei vorhergehenden Wahlen.

Der Rückgang der Wählerschaft bei der Landtagswahl 2008 zeigte sich auch an der konfessionellen Verteilung: Zwar holte sie bei den Katholiken 50 %, aber auch das war deutlich niedriger als bei den vorherigen Wahlen. Bei den Protestanten mit 40 % war sie relativ noch etwas besser vertreten. Besonders stark war der Rückgang bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession: da kam die CSU nur noch auf 22 % – der mit Abstand schlechteste Wert seit 1994. Angesichts der Tatsache, dass dieser Bereich aus demographischen Gründen in den nächsten Jahrzehnten am stärksten wachsen dürfte, könnte sich dies als ein struktureller Nachteil für die CSU erweisen.

Nicht eindeutig zu beantworten ist die Frage, wie sich die Mobilisierungsfähigkeit der CSU bei künftigen Wahlen entwickelt. Nimmt man die Wählerwanderungsbilanzen aus den Wahlanalysen von Infratest Dimap, dann waren die Bewegungen bei den letzten Landtagswahlen sehr unterschiedlich. Der Verlust an den Generationenwechsel (also der Saldo aus Erstwählern

und Verstorbenen) war jedoch bei allen Wahlen messbar und ist jeweils angestiegen – dies ist bei der Union auch bei anderen Wahlen in Bund und Ländern zu verzeichnen. Bei der Wahl 2008 hat die CSU an alle anderen Gruppierungen verloren mit Ausnahme der neu hinzugezogenen – dort war der Saldo mit 50.000 Stimmen positiv. Die größten Verluste gingen an Freie Wähler und FDP, also die unmittelbaren Konkurrenten im bürgerlichen Lager. Auch in den Bereich der Nichtwähler wanderte mit 130.000 Stimmen eine beachtliche Zahl ab. Interessant ist aber, dass die CSU bei der Rekordwahl 2003 netto ebenfalls Stimmen verloren hat: Sie konnte zwar 172.000 Stimmen von der SPD und eine geringe Anzahl von den Freien Wählern holen, verlor aber 341.000 Stimmen ans Nichtwählerlager. Bei der Landtagswahl 1998 hatte die CSU zwar leicht an die Freien Wähler und den Generationenwechsel verloren, ansonsten aber aus allen anderen Parteien gewonnen und sogar 71.000 Stimmen aus dem Nichtwählerbereich geholt. Insbesondere vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Partei 2008 massive Mobilisierungsprobleme hatte. Für künftige Wahlerfolge ist es für die CSU also unerlässlich, das engere Potenzial zu mobilisieren, weiterhin anderen Parteien Stimmen abnehmen zu können, aber vor allem Nichtwähler ansprechen zu können.

3. Wahlen zum Deutschen Bundestag

Wahlergebnisse im Kontext

Der CSU war es bei Bundestagswahlen weitaus früher gelungen als bei den Landtagswahlen, Werte über der 50-%-Marke zu erringen. Bei den ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 wurde sie allerdings voll von der Kandidatur der BP und der von ihr mitgetragenen Debatte um die Rolle Bayerns in der neu zu schaffenden Bundesrepublik in Mitleidenschaft gezogen. Sie erhielt nur 29,2 % der Stimmen, was 5,8 % bundesweit entsprach. Die Union erhielt insgesamt bundesweit 31,0 %. Die SPD kam in Bayern auf 22,7 %. Die BP lag mit 20,9 % auch noch in Reichweite. Auch die Protestpartei WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung) erhielt 14,4 %. Die FDP kam dabei auf 8,5 % und die KPD 4,1 %. Die CSU holte insgesamt nur 24 Direktmandate und stellte damit knapp ein Drittel aller bayerischen Abgeordneten im Bundestag. Allerdings waren diese Mandate – anders als bei den Konkurrenzparteien – recht gleichmäßig über die bayerischen Traditionszonen verteilt. Trotz des mäßigen Ergebnisses konnte die CSU also „zumindes in der Fläche für sich in Anspruch nehmen, in allen bayerischen Landesteilen verankert und damit die einzige wahre gesamtbayerische Partei zu sein“.⁵⁸ Bei dieser ersten Bundestagswahl wurde also die Zersplitterung des deutschen Parteiensystems in seinen frühen Jahren deutlich – ein Zustand, der sich erst allmählich ändern sollte und von dem auch die CSU betroffen war, die zwar in Bonn mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft einging, aber an ihrer Grundentscheidung, nur in Bayern zu kandidieren, festhielt.

Die Bundestagswahl vom 6. September 1953 war vor allem deswegen für die CSU von großer Bedeutung, weil es ihr gelang, nach den deprimierenden Wahlergebnissen bei der Landtagswahl 1950 und zum Teil auch noch bei der Kommunalwahl 1952 nahe an die 50-%-Marke zu kommen und ihren Anspruch auf politische Vertretung des Freistaats Bayern deutlich zu untermauern. Sie erhielt 47,8 % und damit mehr als die 45,2 % für die Union (das entsprach 8,8 % bundesweit), während die SPD nur leicht auf 23,3 % zulegen und die BP auf 9,2 % zurückfiel. Allerdings holte die Flüchtlingspartei GB/BHE in Bayern auch 8,2 % – mehr als im Bundesdurchschnitt. Die FDP kam bei dieser Bundestagswahl auf 6,2 %, während die KPD nur noch 1,6 % holten konnte. Bei dieser Wahl, die erstmals mit Erst- und Zweitstimme durchgeführt wurde, holte die CSU 52 von 91 bayerischen Mandaten. Sie gewann 42 der 47 Wahlkreise und holte dazu zehn Listenmandate. Als Hochburgen erwiesen sich die ländlichen Regionen in Schwaben, Unterfranken und der Oberpfalz. In München kandidierten sogar zwei Mitglieder der Bayernpartei für die CSU und wurden beide in den Bundestag gewählt, schlossen sich dann aber der CSU-Landesgruppe an.⁵⁹ Dies unterstreicht, dass in Teilen der CSU immer wieder versucht wurde, Mitglieder und Aktive der Bayernpartei zu integrieren. Langfristig war diese Strategie möglicherweise erfolgreich, auch wenn dieses Entgegenkommen bei der Bundestagswahl 1953 die Bildung der Viererkoalition 1954 nicht verhindern konnte.

Die Präsenz der CSU im Bundestag und im Bundeskabinett zahlte sich bei der Bundestagswahl vom 15. September 1957, als die Union die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag holte, noch deutlicher aus. Sie erzielte mit 57,2 % der Stimmen (10,5 % bundesweit) einen enormen Zugewinn. Dabei lag sie wieder deutlich über dem Wert von 50,2 % für die Union bundesweit. Auch die SPD konnte in Bayern auf 26,4 % zulegen, während FDP auf 4,6 % und GB/BHE auf 6,8 % zurückfielen. Erstmals holte die CSU alle 47 Direktmandate und zusätzlich sechs Abgeordnete über die Landesliste. Die Hochburgen verteilten sich nun gleichmäßig über alle Landesteile. Der Landesgruppe schlossen sich noch zwei Abgeordnete an, die für die CSU Saar in den Bundestag gewählt worden waren.⁶⁰ Die Tatsache, dass die CSU bei dieser Bundestagswahl über elfeinhalb Prozentpunkte höher abschneiden sollte als in der Landtagswahl im folgenden Jahr unterstreicht, wie wichtig für die Entwicklung der Partei diese Vertretung im Bundesparlament und in der Bundesregierung war und wie stark sie bereits als Vertretung des Freistaats Bayern im Bund gesehen wurde.

Die Werte der CSU bei Bundestagswahlen blieben bis in die 90er-Jahre auf diesem hohen Niveau. Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 – der letzten in der Ära Adenauer – erreichte die CSU 54,9 % der Stimmen; das waren 9,6 % auf Bundesebene und weit über den 45,3 % für die Union bundesweit. Der Konsolidierung des Parteiensystems war es geschuldet, dass auch die SPD in Bayern auf 30,1 % kam und sich die FDP auf 8,7 % verbesserte. BP und GB/BHE schafften nicht mehr den Einzug in den Bundestag und spielten als Konkurrenten der CSU in Bayern spätestens zu diesem Zeitpunkt keine Rolle mehr. Allerdings holte die CSU nur 42 der 47 Direktmandate; die anderen gingen in Nürnberg und München an die SPD. Sie holte noch 8 zusätzliche Listenmandate, sodass die Landesgruppe 53 Mitglieder umfasste.

Bei der Bundestagswahl vom 19. September 1965 konnte die CSU mit 55,6 % (9,6 % bundesweit) erneut einen leichten Zugewinn verzeichnen und wieder weit über dem Wert von 47,6 % für die Union bundesweit bleiben. Von den (nunmehr nur noch 44) Direktmandaten holte sie 36, während der Rest in den urbanen Zentren an die SPD ging.⁶¹ Die SPD in Bayern als größte Konkurrenzpartei blieb auch bei dieser Wahl mit 33,1 % auf Abstand; die FDP kam auf 7,3 %. Angesichts dieser Ergebnisse verstärkte sich der Anspruch der CSU, dritte Kraft im deutschen Parteiensystem zu sein. Dies gelang der CSU bei Bundestagswahlen bis zur Wiedervereinigung von 1965 bis 1987 jedes Mal (mit der Ausnahme von 1980). Sie errang dabei jeweils auf Bundesebene als nur in Bayern kandidierende Partei mehr Stimmen als die FDP im gesamten Westdeutschland.⁶²

Auch bei der Bundestagswahl vom 28. September 1969 konnte die CSU wiederum die FDP als dritte bundespolitische Kraft überflügeln und erreichte 54,4 % (9,5 % bundesweit). Die SPD konnte sich leicht auf 34,6 % verbessern, blieb aber wieder fast 20 Prozentpunkte hinter der CSU. Allerdings musste die CSU sich in Bonn auf die Oppositionsbänke begeben, was ihr aber bei den folgenden Landtagswahlen nochmals einen Schub versetzte. Die Landesgruppe

umfasste erneut 49 Abgeordnete, aber die CSU konnte diesmal nur 34 Wahlkreise direkt gewinnen; 10 Direktmandate gingen an die SPD. Dies führte zu erneuten Diskussionen um die Attraktivität der CSU in den städtischen Räumen.⁶³

Auch nach der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972, bei der die CSU 55,1 % erreichte gegenüber 46,1 % für die Union insgesamt (9,7 % für die CSU bundesweit), blieb die CSU in der Opposition. Bei dieser „Willy-Wahl“ holte die SPD 37,8 % – ihr bislang höchster Wert in Bayern, den sie später bei keiner Wahl wieder erreichen sollte. Die FDP konnte sich erneut auf 6,1 % verbessern. Bei dieser Wahl holte die CSU nur 31 Direktmandate – weniger hatte sie nur 1949 erreicht und sollte sie bis zur Gegenwart nicht wieder bekommen. Die SPD holte mit 13 Direktmandaten einen Rekordwert, an den sie nie wieder heranreichen sollte.

Bei den Bundestagswahlen vom 3. Oktober 1976 sah das Bild deutlich anders aus: So holte die CSU mit 60,0 % (10,6 % bundesweit) ihr bislang bestes Ergebnis im Bund und landete weit über dem Wert für die Union insgesamt mit 48,6 %. Die SPD fiel auf 32,8 % zurück, die FDP kam auf 6,2 %. Die CSU holte 40 Direktmandate, die SPD nur noch 4. Dieses Ergebnis war ein eindrucksvoller Beleg für das hohe Niveau, auf das sich die Wahlergebnisse der CSU in den 70er-Jahren entwickelt hatten.

Zu den Bundestagswahlen vom 5. Oktober 1980 stellte die CSU den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und erreichte 57,6 % (10,3 % bundesweit); damit konnte sie ihren Rekordwert von 1976 also nicht ganz halten, blieb aber erneut weit über dem Wert für die Union bundesweit mit 44,5 %. Die SPD konnte jedoch davon nicht profitieren – sie stagnierte bei 32,7 %, während die FDP auf 7,8 % zulegen konnte. Die Grünen spielten mit 1,3 % noch keine Rolle. Von den nunmehr 45 Direktmandaten bekam die CSU wieder 40, die SPD 5. Die SPD sollte in der Folge keine Werte über 30 % bei Bundestagswahlen in Bayern mehr erreichen mit der Ausnahme der Wahl von 1998. Bei den nächsten Bundestagswahlen, die jetzt schon unter einer CDU/CSU/FDP-Regierung stattfanden, gingen die Werte für die SPD in Bayern zurück.

Auch nach dem Regierungswechsel im Bund veränderten sich die Werte für die CSU nicht nachhaltig. Diese Tendenz zeigt sich bereits bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983, wo die CSU, die jetzt wieder in der Bundesregierung vertreten war, sich leicht verbesserte und 59,5 % holte gegenüber 48,8 % für die Union insgesamt (dies entsprach einem Rekordwert von 10,6 % bundesweit). Die SPD kam noch auf 28,9 %. Die FDP erreichte 6,2 % und die Grünen immerhin 4,7 % in Bayern. Die CSU holte bis auf ein Direktmandat, das an die SPD ging, alle Wahlkreise. Diese 44 Direktmandate stellten den besten Wert seit 1957 dar.

Die Bundestagswahl vom 27. Januar 1987 brachte der CSU 55,1 % (9,8 % bundesweit), die Union bundesweit kam auf 44,3 %. Dies war zwar ein leichter Rückgang, bedeutete aber die

Bestätigung des Niveaus seit Ende der 50er-Jahre. Die SPD verlor erneut leicht auf 27,0 %, während die FDP deutlich auf 8,1 % zulegen konnte. Die Grünen übertrafen mit 7,7 % erstmals auch in Bayern den Wert von 5 %, den sie bundesweit schon 1983 überschritten hatten. Die CSU holte alle 45 Direktmandate in Bayern.

Eine besondere Herausforderung war für die CSU die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, die erste im wiedervereinigten Deutschland und die erste nach dem Tod von Franz Josef Strauß. Die Vergrößerung des Wahlgebietes und die Entscheidung der CSU, ihr politisches Aktionsfeld in Bayern zu belassen, hatten Spekulationen darüber ausgelöst, inwieweit die CSU im größeren Deutschland ihre Rolle würde aufrechterhalten können. Urteile wie: „Der Einflussverlust der CSU auf die gesamtdeutsche Politik zeichnet sich jedenfalls bereits deutlich ab“⁶⁴ waren nicht selten. Zwar hat sie sich mit 51,9 % gegenüber der vorhergehenden Bundestagswahl etwas verschlechtert – dies entsprach auf Bundesebene 7,1 % –, sie konnte aber ihre relative Stärke im deutschen Parteiensystem mit diesem Ergebnis in etwa halten. Sie blieb erneut über dem Wert für die Union bundesweit mit 43,8 %. Ein Grund für den Rückgang dürfte im Antreten der Republikaner liegen, die in diesen Jahren in Bayern ihre stärkste Phase hatten und bei dieser Wahl in Bayern mit 5,0 % den besten Wert bei Bundestagswahlen überhaupt holten. Die SPD stagnierte bei 26,7 %. Die FDP konnte leicht auf 8,7 % zulegen, während die Grünen auf 4,6 % zurückfielen. Auch bei den Direktmandaten gingen alle (bis auf zwei für die SPD) an die CSU.

Bei der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994, bei der die Regierung unter Helmut Kohl noch einmal knapp eine Mehrheit gewinnen konnte, kam die CSU mit 51,2 % fast auf das selbe Ergebnis wie 1990; dies entsprach diesmal 7,3 % bundesweit. Sie blieb wiederum weit über dem bundesweiten Unionswert mit 41,4 %. Die SPD konnte in Bayern auf 29,6 % zulegen und die Grünen stiegen wieder auf 6,3 %. Die FDP fiel auf 6,4 % zurück und die Republikaner erhielten nur noch 2,8 % sowie die PDS 0,5 %. Damit gelang es der CSU sogar wieder, drittstärkste Partei vor FDP und Bündnis 90 / Die Grünen zu werden. Sie musste nur ein Direktmandat an die SPD überlassen und holte ansonsten 44 Wahlkreise. Auch im vergrößerten Wahlgebiet des wiedervereinigten Deutschland gelang es der CSU also wie schon in den 50er- und 60er-Jahren, im Rahmen einer kleinen Koalition ihren politischen Einfluss auf Bundesebene angesichts der Kräfteverhältnisse optimal umzusetzen.

Bei der Bundestagswahl vom 27. September 1998 geriet allerdings auch die CSU in den Strudel des Ansehensverlustes der Bundesregierung und rutschte erstmals seit 1953 bei einer Bundestagswahl wieder unter die 50%-Marke. Sie erreichte 47,7 % der Stimmen (6,7 % auf Bundesebene), konnte aber erneut ihren Vorsprung als dritte Kraft im Parteiensystem vor FDP und Bündnis 90 / Die Grünen behaupten. Der Vorsprung vor dem Wert für die Union bundesweit mit 35,1 % blieb sehr hoch. Die SPD erreichte 34,4 % und kam damit fast auf ihren Wert von 1969. Die Grünen holten in Bayern 5,9 % und die FDP 5,1 %. Die Republikaner landeten bei 2,6 %, die PDS bei 0,7 %. Die CSU holte nur noch 38 Direktmandate, sieben gingen an die SPD. Auch wenn der Abstand zur SPD geringer geworden war, so

konnte sich die CSU doch als die klar stärkere Partei behaupten, zumal die Landtagswahl zwei Wochen zuvor die Mehrheitsverhältnisse in Bayern noch weit deutlicher dargestellt hatte. Zwar war sie in Berlin nun in der Opposition, aber der deutliche Erfolg bei den bayerischen Landtagswahlen und die Übernahme des Parteivorsitzes durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber Anfang 1999 hatte zur Folge, dass der Anspruch der CSU auf Durchsetzung ihrer Politik nicht nur in Bayern, sondern auch auf der Ebene der Bundesrepublik wie auf der Ebene der EU künftig eher noch deutlicher formuliert wurde.⁶⁵

Dies führte auch dazu, dass die CSU im Unionslager an Gewicht gewann. Bei der Bundestagswahl vom 22. September 2002 trat Edmund Stoiber als gemeinsamer Kanzlerkandidat an.⁶⁶ Zwar scheiterte der Versuch knapp, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen, aber die CSU holte bei diesen Bundestagswahlen ein überragendes Ergebnis. Sie erzielte in Bayern 58,6 % (9,0 % auf Bundesebene) und ließ die SPD mit 26,1 % weit hinter sich. Die Union bundesweit holte 38,5 %. Die Grünen holten in Bayern 7,6 %, die FDP 4,5 % und Republikaner und PDS jeweils 0,7 %. Von 44 Direktmandaten holte die CSU 43, eines ging an die SPD. Die Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 bedeutete aber keinen Rückschlag für die Partei. „Wenn überhaupt, steht die CSU nach der verlorenen Bundestagswahl eher noch gestärkt da.“⁶⁷ Fürs erste hatte die CSU ihren Anspruch als Hegemonialpartei unterstrichen und dies bei der Landtagswahl 2003 nochmals bekräftigt.

Die Bundestagswahl vom 18. September 2005 zeigte aber, dass dieser Anspruch im deutschen Parteiensystem des 21. Jahrhunderts immer schwieriger würde aufrecht erhalten werden können.⁶⁸ Die Bildung einer bürgerlichen Regierung wurde zwar verfehlt, aber die CSU konnte als Partner in die Regierung der Großen Koalition mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin einsteigen. Bei dieser Wahl erhielt die CSU 49,2 % und fiel damit wieder unter die 50%-Marke. Auch dieser Wert lag wieder deutlich über dem Gesamtwert für die Union mit 35,2 %. Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Edmund Stoiber trat nicht in die Bundesregierung ein. Damit begann – wie im Nachhinein deutlich wurde – die Schwächung seiner Position. Gegen ihn formierte sich der innerparteiliche Widerstand, der sich um den Jahreswechsel 2006/2007 bündelte und Stoiber zum Rückzug für den September 2007 zwang. Aber weder dieser Wechsel noch die Installierung einer neuen Doppelspitze aus Erwin Huber und Günther Beckstein konnten verhindern, dass die CSU zunächst bei den Kommunalwahlen im März 2008 und dann bei den Landtagswahlen im September 2008 einbrach. Die Bundestagswahl 2005 in Bayern wies aber auch die bekannten Tendenzen auf, die sich im künftigen Wahlverhalten wiederfinden sollten: Vom relativ schlechten Ergebnis der CSU konnte nicht die SPD profitieren, die mit 25,5 % auf den schlechtesten Wert seit 1953 kam. Die FDP mit 9,5 % und die Grünen mit 7,9% erzielten ihre besten Resultate bei Bundestagswahlen in Bayern überhaupt. Auch die Linke holte mit 3,4 % ihr bislang bestes Resultat, die Republikaner bekamen noch 1,0 %. Die CSU holte von 45 Direktmandaten 44, eines ging an die SPD. Die nachlassende Bindungskraft der Volksparteien hat sich mittlerweile bei allen Wahlen in Bayern gezeigt, wenn auch in veränderter Verteilung als in anderen Ländern oder im Bund.

Die Bundestagswahl vom 27. September 2009 brachte für die CSU ein zwiespältiges Ergebnis: Auf der einen Seite erreichten die Union mit zusammen 33,8 % und die FDP mit 14,6 % die Mehrheit der Mandate und konnten wieder eine Regierung bilden. An diesem Ergebnis war die CDU mit bundesweit 27,3 % und die CSU mit 6,5 % beteiligt. Die CSU konnte sich auch durch den Gewinn aller 45 Direktmandate bestätigt fühlen. Auf der anderen Seite erreichte die CSU in Bayern mit 42,5 % das schlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949. Die CSU erreichte zwar wieder den höchsten Wert aller Länder, hatte aber auch die höchsten Verluste. Der Führungswechsel zu Horst Seehofer, der nach der Niederlage bei der Landtagswahl 2008 die Führung von Staatsregierung und Partei übernommen hatte, brachte keine Wiederannäherung an die 50-%-Marke. Insofern bedeutete auch diese Bundestagswahl die Fortsetzung eines Trends. Wiederum waren dieselben Tendenzen feststellbar wie bei den vorherigen Wahlen: Die SPD konnte nicht profitieren und erlitt mit 23,0 % im Bund und 16,8 % in Bayern einen Absturz. Zulegen konnten in Bayern die FDP auf 14,7 %, die Grünen kamen auf 10,8 % und die Linke auf 6,5 % – alle drei mit den jeweils besten Ergebnissen. Die NPD und die Republikaner verloren und kamen noch auf 1,3 % bzw. 0,8 %; die Bayernpartei konnte leicht auf 0,7 % zulegen. Die Internet-Partei PIRATEN kam in Bayern auf 2,0 %. Allerdings holte die CSU erstmals seit 1987 wieder alle 45 Direktmandate. Sie konnte zwar in Bayern einen großen Vorsprung auf die nächstgrößeren Konkurrenten erhalten, litt aber erneut unter der schleichenden Auszehrung ihrer Wählerschaft.⁶⁹

Analyse des Wahlverhaltens

Für die Bundestagswahlen in Bayern gibt es immerhin auch einige valide Daten, die Aussagen über das Wahlverhalten zugunsten der CSU zulassen. Generell ist es sicher berechtigt, zu vermuten, dass die Grundstrukturen ziemlich ähnlich den Landtags- und den Bundestagswahlen im gesamten Deutschland sind. Eine repräsentative Wahlstatistik liegt zwar für Bayern vor, aber nicht für die Jahre 1994 und 1998, als diese aus unterschiedlichen Gründen nicht durchgeführt werden konnte.

In Bezug auf das Wahlverhalten nach Geschlecht lässt sich erkennen, dass die Frauen mit ihren Zweitstimmen auch hier zumeist stärker als die Männer CSU gewählt haben.⁷⁰ Anders war dies nur bei den Bundestagswahlen 1980 und 2002 – also bei den Wahlen, bei denen die CSU den Spitzenkandidaten stellte. Die Diskrepanz hat sich allerdings im Laufe der Zeit deutlich reduziert: Von 1957 (dort wurde die Statistik erstmals geführt) bis 1969 war der Anteil der Frauen weit höher als der der Männer unter den CSU-Wählern: 1957 betrug der Unterschied 61,4 % zu 51,9 %, 1961 59,1 % zu 50,0 %, 1965 59,6 % zu 50,0 % und 1969 59,6 % zu 48,9 %. In der Wählerschaft war die CSU bei Bundestagswahlen also lange Zeit eine ausgesprochene Frauenpartei. Dann wurden die Unterschiede deutlich geringer (1972 56,3 % zu 52,8 % und 1976 60,5 % zu 58,6 %); 1980 wählten umgekehrt 57,5 % der Frauen, aber 57,6 % der Männer CSU. In den folgenden Wahlen lagen die Frauen wieder

vorn (1983 60,4 % zu 58,1 %; 1987 56,5 % zu 53,4 %; 1990 53,9 % zu 53,4 % – für die Jahre 1994 und 1998 wurde die Statistik ausgesetzt). 2002 lagen die Männer mit 57,5 % wieder vor den Frauen mit 56,6 %, während sich 2005 wieder ein Vorsprung der Frauen von 48,7 % zu 47,1 % durchgesetzt hat. Nach wie vor scheint sich also die Wählerschaft der CSU bei Bundestagswahlen im Regelfall durch einen Vorsprung bei den weiblichen Wählern auszuzeichnen, auch wenn dieser deutlich geringer ist als vor 40 Jahren.

In Bezug auf das Alter lassen sich ähnliche Verteilungen wie bei anderen Wahlen erkennen,⁷¹ auch wenn hier die Daten erst für den Zeitraum ab 1972 vorliegen. Bei allen Wahlen war bei der Wählerschaft der CSU die Gruppe der über 60-Jährigen am stärksten vertreten. Diese ist – mit leichten Schwankungen – von 59,8 % 1972 auf 63,3 % 2002 gestiegen. Außerdem ist der Abstand zu den jüngeren Wählergruppen etwas größer geworden. In den Altersgruppen von 35 bis 45 und von 45 bis 60 sind die Werte für die CSU seit 1983 gefallen, bei den Jüngeren schon ab 1976. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2002 (Kanzlerkandidat Stoiber), wo die Werte in allen Altersgruppen und auch bei den Jüngeren nochmals deutlich angestiegen waren.

Innerhalb der Geschlechter lassen sich ebenfalls deutliche Unterschiede erkennen. Die Frauen über 60 Jahren blieben während des gesamten Zeitraums eine feste Bank für die CSU – sie erreichten immer Werte über 60 % und blieben seit 1987 sogar über 63 %. Bei den Frauen ab 35 bis 45 Jahren und von 45 bis 60 Jahren holte die CSU 1972 noch weniger als 60 %. 1976 stiegen sie in dieser Gruppe über 60 %, um 1980 darunterzufallen und 1983 wieder über 60 % zu steigen. Allerdings gingen die Werte für die CSU dann wieder deutlich zurück; besonders auffällig ist dies bei den Frauen von 35 bis 45 Jahren, wo die CSU von 1983 bis 1990 von 61,2 % auf 49,9 % zurückging. Bei den Frauen unter 35 Jahren hatte die CSU die 60%-Marke niemals erreicht und fiel 1987 unter die 50%-Marke zurück. Eine Ausnahme war auch hier die Wahl 2002, als die CSU bei den Frauen in allen Altersgruppen bis 60 Jahren über die 50%-Marke kam.

Bei den Männern über 60 Jahren blieb die CSU immer (wenn auch 1976 und 1980 nur knapp) unter der 60%-Marke, die sie nur 2002 mit 62,6 % deutlich überschreiten konnte. Bei den jüngeren Männern war die Verteilung immer etwas homogener als bei den Frauen. So blieben die Werte bei den Männern in allen Altersgruppen (mit Ausnahme der 18- bis 24-Jährigen 1972 und der 25- bis 35-Jährigen 1987) immer über dem Wert von 50 %. Nur 1990 blieb die CSU bei den Männern unter 45 deutlich unter der 50%-Marke, um 2002 wieder klar darüberzusteigen.

Mangels detaillierter Daten über das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen in Bayern kann über etwaige Besonderheiten nur spekuliert werden. Auf Bundesebene war jedenfalls die Verteilung beim Abstimmungsverhalten zugunsten der Union bei den letzten Wahlen weitaus homogener als bei Landtagswahlen.⁷² So war beispielsweise der Anteil der Rentner, die für die Union stimmten, bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 mit 42 % bzw. 43 %

praktisch gleich hoch; 2009 ist er auf 40 % gesunken. Bei der Bundestagswahl 2002 war etwa der Anteil der Arbeiter und Angestellten, aber auch der Selbständigen, die für die Union stimmten, deutlich höher als 1998, 2005 oder 2009. Angesichts der sehr hohen Zustimmungswerte für die CSU bei dieser Bundestagswahl dürften diese Werte auch in Bayern überdurchschnittlich gewesen sein. Auch bei der Betrachtung der formalen Bildung lag die Union 2002 bei den niedrig Qualifizierten mit 43 % deutlich über ihrem Wert von 38 % 1998 und 2005 sowie 36 % 2009. Weitergehende Schlussfolgerungen auf das Abstimmungsverhalten in Bayern lassen diese Daten aber nicht zu.

4. Wahlen zum Europäischen Parlament

Wahlergebnisse im Kontext

Seit den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 hat die CSU an allen Europawahlen teilgenommen. Dabei stand die Partei jeweils vor der Ausgangslage, ausschließlich mit einer eigenen Parteiliste antreten zu müssen und nicht – wie bei den Bundestags- oder Landtagswahlen – eine große Zahl von direkt gewählten Kandidaten in die Parlamente entsenden zu können. Mit ihrer Europaliste, die nur in Bayern wählbar war, musste die CSU also jeweils so viele Stimmen erzielen, die auf Bundesebene ein Überschreiten der 5%-Hürde ermöglicht hätten. Da die meisten der Europawahlen in die historischen Hochphasen der Zustimmung zur CSU fielen, war dies über lange Zeit nur ein theoretisches Problem für die Partei.

Hingegen waren die Europawahlen in Deutschland und in Bayern immer auch neben ihrer eigentlichen Funktion Indikatoren für allgemeinere politische Stimmungen im Land. So wurden sie von der Bevölkerung stets als weniger wichtig als Bundestags- und Landtags-, ja sogar als Kommunalwahlen angesehen. Dementsprechend war die Wahlbeteiligung zumeist deutlich niedriger und umgekehrt die Tendenz deutlich stärker ausgeprägt, diese Wahlen als Denkkettelwahlen und zur Protestwahl zu benutzen – „Nebenwahlen aus Anlass einer Europawahl“.⁷³ Da die Europawahlen so in den Augen der Wähler wie der Wahlforscher als Wahlen nachrangiger Bedeutung wahrgenommen wurden, wirkte sich dies entsprechend auf das Wahlverhalten aus. Die CSU hat bei den Europawahlen sowohl die Vorteile wie auch die Nachteile dieser Rahmenbedingungen erfahren.

So erzielte die CSU bei den ersten Europawahlen 1979 62,5 % und 1984 57,2 % der Stimmen in Bayern. Das entsprach 10,1 % sowie 8,5 % der Stimmen bundesweit und reichte somit problemlos für den Einzug ins Europäische Parlament. Das Ergebnis von 1979 war deutlich über den sonstigen Resultaten für die CSU, das Resultat von 1984 lag ziemlich genau auf der Höhe der Werte bei anderen Wahlen. Dabei hat sicher eine erhebliche Rolle gespielt, dass die Wahl 1979 vor dem Hintergrund der immer unpopulärer werdenden SPD-FDP-Koalition im Bund und der sich abzeichnenden Kandidatur von Franz Josef Strauß als Bundeskanzler stand. Diese Effekte spielten bei der Wahl 1984, als die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP schon über ein Jahr im Amt war, keine Rolle mehr und konnte offenbar nicht zu einer überdurchschnittlichen Mobilisierung beitragen.

Diese Abhängigkeit von externen Einflüssen wurde bei den nächsten Europawahlen noch deutlicher: Die Wahl 1989 fand ein dreiviertel Jahr nach dem Tod von Strauß und dem Führungswechsel in der CSU zu Max Streibl und Theo Waigel statt. Gleichzeitig befand sich die Bundesregierung unter Helmut Kohl in einem Stimmungstief, das unter anderem den Auf-

stieg der rechtspopulistischen Konkurrenz in Gestalt der „Republikaner“ beförderte. Darunter hatte nicht zuletzt die CSU zu leiden, die schon bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 Verluste an die REP hinnehmen musste. Bei den Europawahlen erzielte sie nur 45,4 % und damit erstmals seit den 60er-Jahren ein Resultat unter der 50-%-Marke bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Allerdings bedeutete dies zugleich einen Wert von 8,2 % auf Bundesebene und somit ein Ergebnis fast auf der Höhe der letzten Europawahl.

Die nächste Europawahl 1994 fand bereits im wiedervereinigten Deutschland statt. Die CSU konnte 48,9 % holen, was aber wegen des vergrößerten Wahlgebietes nur noch 6,8 % der bundesweiten Stimmen entsprach. Damit wurde wie bei den Bundestagswahlen deutlich, dass die CSU nach der Wiedervereinigung schon rein rechnerisch größere Mühen haben dürfte, eine bundesweite 5-%-Hürde zu überschreiten, auch wenn dies technisch nur für Europawahlen eine Rolle spielte. Allerdings lag dieses Ergebnis wenige Monate vor der Bundestagswahl, die die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Helmut Kohl ein letztes Mal mit knapper Mehrheit noch einmal gewinnen konnte, wohl auch deswegen unter den sonstigen Resultaten der CSU dieser Zeit, weil sich der negative demoskopische Trend zuungunsten der Union bei der Europawahl stark bemerkbar machte. Auch auf Bundesebene hatten CDU und CSU zusammen nur 38,8 % geholt – nur 1 Prozentpunkt mehr als beim schlechtesten Ergebnis 1989 –, blieben aber wegen starker Verluste der SPD deutlich vor den Sozialdemokraten.

Die beiden folgenden Europawahlen fanden wieder unter anderen politischen Konstellationen statt, die für die CSU deutlich günstiger waren. Bei der Wahl 1999 profitierte die Union deutlich von der Enttäuschung über die Ende 1998 ins Amt gekommene rot-grüne Bundesregierung. Konnte die Union insgesamt bundesweit um fast 10 Prozentpunkte auf 48,7 % zulegen, so schaffte die CSU 64,0 % (oder 9,4 % bundesweit) – das bislang höchste bayerische Resultat der CSU bei Wahlen im Land, im Bund oder auf europäischer Ebene. Dabei spielte auch die Popularität der seit einem Jahr amtierenden neuen Staatsregierung unter Edmund Stoiber eine Rolle, die sich besonders als Gegenmodell zu einer rot-grünen Regierung verstanden wissen wollte. Dieser Effekt trug wohl noch etwas bei der Europawahl 2004, wo die Union insgesamt zwar über vier Prozentpunkte verlor und auf 44,5 % kam, damit aber vor allem wegen der dramatischen Verluste der SPD deutlich stärkste Partei blieb. Die CSU holte 57,4 % (damit 8,0 % auf Bundesebene), blieb aber damit hinter ihrem Rekordwert der Landtagswahl 2003 etwas zurück. Hierfür wurde vor allem die Ernüchterung verantwortlich gemacht, die die radikalen Reformen des seit 2003 mit Zweidrittelmehrheit im Bayerischen Landtag regierenden Ministerpräsidenten hervorgerufen hatte. Hierfür spricht auch, dass die Wahlbeteiligung 2004 auf den Rekordwert von 39,7 % gesunken war. Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen war zwar generell geringer als bei anderen Wahlen und auch in Bayern stets etwas unter dem Bundesdurchschnitt (was in der Regel mit in anderen Ländern gleichzeitig stattfindenden anderen Wahlen zu erklären ist), war aber weit unter ihrem Höchstwert von 61,1 % im Jahr 1989 zurückgefallen.

Ohne Zweifel haben bei den Europawahlen natürlich immer auch Fragen der europäischen Einigung eine Rolle gespielt. Dies war bei den letzten Europawahlen wohl noch stärker der Fall, da etwa die Diskussionen um den Lissabon-Vertrag, die Zukunft der gemeinsamen Währung oder die Auseinandersetzungen um die Erweiterung der EU auch in den nationalen Debatten eine immer größere Rolle gespielt haben. Doch es bleibt das realistische Fazit, dass nationale Themen oder im Sonderfall der CSU zusätzlich bayerische Fragen oder sogar innerparteiliche Diskussionen das Abschneiden bei Europawahlen stärker beeinflusst haben.

Auch die Europawahl 2009 konnte sich diesen Grundtendenzen nicht entziehen. Nach den Wechseln an der Spitze von Partei und Staat 2007 und dem historischen Resultat der Landtagswahl vom September 2008, das die CSU zu einem erneuten Führungswechsel und der Bildung einer Koalition mit der FDP in Bayern zwang, wurde das Ergebnis schon lange vorher mehr als Indikator für den aktuellen Marktwert der CSU denn als Aussage zur europäischen Einigung interpretiert. Besondere Aufmerksamkeit legte die veröffentlichte Meinung auf die Frage, ob die CSU möglicherweise diesmal sogar die 5%-Marke bundesweit nicht würde überschreiten können, was bedeutet hätte, dass erstmals, seit es Europawahlen gibt, die CSU nicht mit eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten gewesen wäre. Insofern war es kaum überraschend, dass für die meisten Wähler vor der Wahl erneut nicht Fragen der europäischen Politik, sondern der Bundes- oder Landespolitik im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand.

Insbesondere unter dieser Perspektive war das Ergebnis für die CSU ein klarer Erfolg. Sie erzielte mit 48,1 % zwar 9,3 Prozentpunkte weniger als bei der letzten Europawahl. Auf der anderen Seite lag dieser Wert deutlich über dem der letzten Landtagswahl vom vorigen September und auch über dem der durch die Umfragen erwartbaren Höhe. Dieses Ergebnis entsprach 7,2 % auf Bundesebene – damit hatte die CSU die 5%-Hürde deutlich übersprungen; dafür hätte in dieser Konstellation ein Wert von 33,36 % in Bayern gereicht! Obwohl auch diesmal die Wahlbeteiligung (vor allem wegen zahlreicher Kommunalwahlen in anderen Ländern) leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag (42,4 % gegenüber 43,3 % bundesweit), konnte die CSU in der letzten Phase des Wahlkampfes, der stark von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft geprägt war, offenbar besser mobilisieren als die meisten Konkurrenten. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass die SPD als nächst größere Konkurrenzpartei nur auf 12,9 % in Bayern kam. Auch die Freien Wähler als potenzielle Konkurrenz konnten ihren Aufschwung der Landtagswahl nicht fortsetzen: Sie erreichten in Bayern 6,7 % – also deutlich weniger als bei der Landtagswahl – und kamen bundesweit nur auf 1,7 %; insgesamt kamen etwa 60 % aller deutschen Stimmen für die Freien Wähler aus Bayern. Sie konnten also keine bayerischen Abgeordneten ins EU-Parlament entsenden. Damit wurde deutlich, dass zu dieser Zeit eine bundesweite Resonanz für diese Gruppierung nicht vorhanden war und die Freien Wähler für die Bundestagswahl im September 2009 keine unmittelbare Gefahr für die CSU mehr würden darstellen können. Da gleichzeitig sowohl in Bayern wie im Bund Union und FDP

zusammen klar die stärkste politische Formation wurden (57,1 % in Bayern, 48,9 % im Bund), war dies erneut eine Europawahl, die neben ihrer eigentlichen Funktion der Wahl des Europäischen Parlaments (bei der die EVP deutlich die stärkste Fraktion wurde) als wichtige innenpolitische Wegweisung im Vorfeld der nächsten anstehenden Wahlen gewertet wurde.

Analyse des Wahlverhaltens

Bei der Betrachtung der sozialdemographischen Daten zeigen sich Parallelen zu den Landtags- wie den Bundestagswahlen dieser Zeit. Auf der anderen Seite wird deutlich, wie groß die Fluktuationen bei den Europawahlen auch in struktureller Hinsicht sind. Es ist daher auch und vor allem bei den Europawahlen nicht von vornherein davon auszugehen, dass es dabei ein quasi „natürliches“ Wahlverhalten gäbe. Die Abweichungen lassen sich bei verschiedenen Wählergruppen sowohl nach oben wie nach unten verzeichnen.

Bezogen auf das Alter waren die Stimmen für die CSU bei den Europawahlen 1979 noch relativ homogen über die Altersgruppen verteilt.⁷⁴ So erhielt die CSU bei den über 60-Jährigen 65,0 % und bei den 45- bis 59-Jährigen sowie den 35- bis 44-Jährigen jeweils 63,4 %. Bei den 25- bis 34-Jährigen waren es immerhin noch 57,8 % und bei den jüngsten Wählern (18 bis 24 Jahre) mit 55,9 % wurde auch noch ein Wert klar über der absoluten Mehrheit erzielt. Bereits bei der nächsten Europawahl 1984 waren die Unterschiede bei den Altersgruppen größer: Zwar lagen die über 60-Jährigen mit 62,2 % klar vorn und auch die beiden nächsten Altersgruppen deutlich über der 50%-Marke (45-59: 59,4 %; 35-44: 56,7 %), bei den Jüngeren fielen die Ergebnisse aber ab (25-34: 47,1 %; 18-24: 48,6 %). Die beiden folgenden Europawahlen mit weniger guten Ergebnissen zeigten dann noch stärkere Abweichungen, die darauf hindeuten, dass sich die Verluste vor allem auf die jüngeren und mittleren Altersgruppen konzentriert haben dürften. So blieben 1989 nur noch die Werte der über 60-Jährigen über 50 % (55,1 %), bei den 45- bis 59-Jährigen holte die CSU noch 48,6 % und bei den 35- bis 44-Jährigen 41,3 %. Bei den jüngeren Wählern blieb sie sogar deutlich unter der 40%-Marke (25-34: 34,6 %; 18-24: 36,2 %). Die Europawahl 1994 zeigt strukturell dasselbe Bild; die CSU konnte sich aber in (fast) allen Altersgruppen wieder verbessern, vor allem bei den älteren Wählern über 60, wo sie auf 60,8 % kam. Bei den 45- bis 59-Jährigen legte sie auf 51,7 % zu und holte bei den 35- bis 44-Jährigen mit 40,5 % fast denselben Wert der letzten Europawahl. Auch bei den jungen Wählern konnte sie sich knapp verbessern (25-34: 36,1 %; 18-24: 37,7 %).

Die nächsten beiden Europawahlen zeigten, welche Dynamik das Wahlverhalten dort aufweisen kann. Bei der Rekordwahl 1999 schossen die Ergebnisse vor allem bei den jüngeren Wählern deutlich nach oben: Bei den 18- bis 24-Jährigen erhielt die CSU 60,4 %, bei den 25- bis 34-Jährigen 57,4 % und bei den 35- bis 44-Jährigen 55,0 %. Die besten Werte erzielte sie bei den 45- bis 59-Jährigen (62,0 %) und den über 60-Jährigen (69,9 %) – insgesamt

gab es also deutlich weniger Abweichungen über die Altersgruppen. Diese haben sich bei der Europawahl 2004 aber wieder vergrößert: Dort holte die CSU bei den über 60-Jährigen mit 66,7 % fast den Wert der vorigen Wahl, lag aber bei den 45- bis 59-Jährigen mit 52 % um zehn Prozentpunkte niedriger. Auch bei den jüngeren Wählern lag sie wieder deutlich darunter (35-44: 47,2 %; 25-34: 49,1 %; 18-24: 46,2 %). Die Europawahl 2004 war also bislang die Wahl, bei der sich das Wahlverhalten zwischen den Generationen am stärksten unterschied und damit die älteren Wähler am deutlichsten das Ergebnis der CSU noch über die 50%-Marke bringen konnten. Insgesamt zeigte sich also die Tendenz, dass die Wahlen, die für die CSU nicht so günstig abliefen, eine größere Differenzierung im Wahlverhalten zwischen den Generationen erkennen lassen. Die Europawahlen, die eine größere Mobilisierung für die CSU aufwiesen, konnten diese Mobilisierung (mit Übergewicht bei den älteren Wählern) aber in allen Altersgruppen realisieren. Auch die Europawahl 2009 lag unter diesen Gesichtspunkten näher an den Ergebnissen von 2004, auch wenn sich einige Unterschiede zeigten. Die CSU verlor in allen Altersgruppen, aber am wenigsten bei den Senioren. So kam sie bei den über 60-Jährigen auf 59,9 %, blieb aber bei allen jüngeren Altersgruppen unter oder an der 40%-Marke (45-60: 40,8 %; 35-44: 38,2 %; 25-34: 39,3 %; 18-25: 35,9 %).

Diese Differenzierung wird noch deutlicher, wenn man das Abstimmungsverhalten von Männern und Frauen gesondert betrachtet. So waren die Stimmen für die CSU bei den älteren Frauen immer klar über denen der Männer: 2009 lagen die Frauen in der Altersklasse der über 60-Jährigen bei 61,8 %, die Männer nur bei 57,8 %. 2004 lagen die Frauen über 60 bei 67,5 %, die Männer bei 65,8 %; 1999 waren es 71,3 % zu 68,1 % und 1994 war der Unterschied sogar 63,4 % zu 57,2 %. Auch bei der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren waren die Frauen noch vorn, so 2009 mit 41,5 % zu 40,0 %, 2004 mit 52,3 % zu 51,8 %, 1999 mit 63,2 % zu 60,8 % und 1994 mit 54,0 % zu 49,4 %. Bei den jüngeren Altersgruppen bestätigte sich aber seit einiger Zeit die Tendenz, dass die Werte der Frauen für die CSU bei den Europawahlen hinter denen der Männer zurückfallen. So holte die CSU 2009 in der Altersklasse 35 bis 44 Jahre bei den Frauen 36,7 %, bei den Männern 39,6 %; 2004 bei den Frauen 45,1 %, bei den Männern 49,3 %; bei den 25- bis 34-Jährigen holte sie 2009 bei den Frauen mit 39,4 % und den Männern mit 39,2 % fast gleich viel, aber 2004 bei den Frauen 46,8 % und bei den Männern 51,5 %. 2009 kam die CSU bei den Frauen von 18 bis 24 Jahren auf 34,7 %, bei den Männern aber auf 37,1 %; 2004 bei den 18- bis 24-Jährigen bei den Frauen 44,3 %, bei den Männern 48,4 %. Dieselbe Verteilung zeigte sich schon bei den Europawahlen 1999, während bei den beiden vorhergehenden Wahlen die Frauen auch in der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen noch vor den Männern gelegen hatten. Bei den beiden ersten Europawahlen lagen die Frauen in den meisten Altersgruppen insgesamt vor den Männern. Möglicherweise unterstreicht die Analyse der Altersstruktur des Wahlverhaltens bei Europawahlen also einen längerfristigen Trend, der eine im Durchschnitt stärkere Abwanderung erst bei jüngeren Frauen, dann auch bei Frauen mittleren und höheren Alters zeigt.

Für die anderen soziodemographischen Daten liegen zwar keine durchgängigen Daten für Bayern vor, aber die bundesweiten Wahlanalysen⁷⁵ deuten darauf hin, dass sich auch dort beachtliche Unterschiede in der Mobilisierungsfähigkeit einzelner Segmente der Wählerschaft bei Europawahlen erkennen lassen. So war es der Union offenbar bei den Europawahlen 1999 und 2004 (mit klar besseren Ergebnissen als bei den beiden vorherigen Europawahlen) deutlich erfolgreicher gelungen, in allen Bildungsgruppen stärker zu mobilisieren – und zwar sowohl im Vergleich zur Europawahl 1994 als auch zu den Bundestagswahlen 1998 und 2002.⁷⁶ So konnte die Union 1999 und 2004 bei den formal gering Qualifizierten jeweils 51 % holen – ein Wert, der bei allen anderen nationalen Wahlen nicht wieder erreicht wurde und ein Beleg für den Charakter der Union als Volkspartei war. Bei den Bundestagswahlen 1998 und 2005 kam die Union in dieser Gruppe nur auf 38 %, 2002 auf 43 %. Auch bei den Wählern mit mittlerer und höherer Schulbildung konnte die Union am deutlichsten 1999 und mit Abstrichen auch noch 2004 klar bessere Werte holen als bei den Bundestagswahlen dieser Zeit. Auf der anderen Seite lagen die Werte der Europawahl 1994 auf dem Level dieser Bundestagswahlen. Für die konfessionelle Verteilung lassen sich vergleichbare Muster ablesen. Die Europawahl 2009 brachte für die Union zwar einen relativ gleichmäßigen Rückgang in allen Bildungsgruppen, aber sie blieb bei den gering und mittel Qualifizierten mit 46 % bzw. 39 % deutlich vor der SPD und über ihren Werten der letzten Bundestagswahlen.

Auch die Analyse nach Berufsgruppen zeigt interessante Abweichungen. Hier zeigen die Europawahlen 1999 und 2004 in bestimmten Segmenten deutlich höhere Mobilisierungsquoten auf als bei den Bundestagswahlen im Umfeld. So lagen die Stimmenanteile der Union 1999 bei allem Berufsgruppen höher. Neben den hohen Werten bei Selbständigen, Rentnern, Angestellten und Beamten fallen vor allem die deutlich besseren Ergebnisse bei Arbeitern, Arbeitslosen und in Ausbildung Befindlichen auf – Gruppen, bei denen die Union bei den Bundestagswahlen zum Teil deutlich schlechter abschnitt. Mit leichten Abstrichen gilt dies auch für die Europawahl 2004: So war die Union beispielsweise 1999 und 2004 die stärkste Partei bei den Arbeitern (mit 44 % bzw. 43 %) und blieb dies auch 2009 mit 35 %, während sie dort bei den Bundestagswahlen 2005 und 1998 nur 30 % bzw. 28 % und bei der Europawahl 1994 31 % holen konnte. Auch dies ist ein Indikator dafür, dass es für die Union in den letzten Jahrzehnten immer größerer Mobilisierungseffekte bedarf, um die Segmente der Wählerschaft an sich zu binden, die quasi „von Natur aus“ eine größere Distanz zur Union aufweisen. Einige der Europawahlen der jüngeren Zeit haben gezeigt, dass das möglich ist. Solange dies bei Europawahlen möglich ist, dürfte es bei anderen Wahlen nicht unmöglich sein.

5. Kommunalwahlen

Bei Kommunalwahlen erzielen die großen Parteien in Deutschland traditionell fast immer geringere Stimmenanteile als bei den anderen Wahlen. Bei diesen Wahlen treten neben den Parteien zumeist auch lokale und freie Wählergemeinschaften an. Dies war in Bayern in den letzten Jahrzehnten nicht anders. Daher lag der Stimmenanteil der CSU bei Kommunalwahlen (Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten und der Kreistage in den Landkreisen) immer unter dem erzielten Wert bei anderen Wahlen.⁷⁷ Allerdings zeigt der Verlauf dieser Werte generell dieselben Merkmale wie bei den anderen Wahlgängen. Die größte Ähnlichkeit ist mit den Resultaten der Landtagswahlen zu verzeichnen, allerdings oft mit geringeren Ausschlägen.

Bei den ersten Kommunalwahlen am 28. April und 26. Mai 1946 startete die CSU (auch hier noch ohne die Konkurrenz der BP) mit 60,6 % – noch deutlich mehr als bei der Landtagswahl im gleichen Jahr. Zwei Jahre später – am 25. April und 30. Mai 1948 – holte die CSU nur noch 38,4 %, während sonstige Parteien (darunter die BP) 14,6 % und freie Wählergruppen 18,6 % holten. Die SPD, die 1946 28,0 % geholt hatte, fiel auf 23,3 % zurück; die FDP verbesserte sich von 2,3 % auf 5,1 %.

Den Tiefpunkt erreichte die CSU erst bei den Kommunalwahlen am 30. März 1952: Dort erzielte sie mit 26,9 % ihr bislang schlechtestes Resultat. Die SPD verbesserte sich leicht auf 24,9 %, die FDP fiel wieder auf 3,4 %. Die sonstigen Parteien kamen auf 23,9 % und die freien Wählergruppen zusätzlich auf 14,8 %.

Erst bei der Kommunalwahl am 18. März 1956 – als die Ergebnisse in Bund und Land schon nach oben zeigten – konnte sich die CSU deutlich auf 35,0 % verbessern. Die SPD erholte sich auf 27,6 %; die FDP fiel auf 2,7 % zurück. Die sonstigen Parteien holten wieder 17,7 % und die freien Wählergruppen 12,2 %.

Die Kommunalwahl vom 27. März 1960 brachte wieder eine Verbesserung für die CSU. Sie erreichte 37,3 %, lag aber damit immer noch weit unter dem Niveau der Landtags- und Bundestagsergebnisse und hatte selbst den Wert von 1948 noch nicht wieder eingestellt. Die SPD konnte sich deutlich auf 32,8 % steigern, während die FDP bei 2,3 % stagnierte. Die sonstigen Parteien und die freien Wählergruppen erhielten jeweils 9,5 %.

Der günstige Trend für die CSU setzte sich – wenn auch langsam – fort: Bei den Kommunalwahlen vom 13. März 1966 (der Wahlrhythmus wurde auf sechs Jahre erhöht) verbesserte sie sich auf 40,0 %. Die SPD stieg erneut an auf 34,8 %, während die FDP nicht über 2,8 % hinauskam. Die sonstigen Parteien gingen auf 5,1 % und die freien Wählergruppen auf 9,0 % zurück. Mitte der sechziger Jahre schien also auch in Bayern bei Kommunalwahlen der Trend Bahn gebrochen zu haben, der die Vergrößerung der Volksparteien auf Kosten der kleinen Parteien sowie der freien Wähler zum Inhalt hatte. Dieser Trend sollte sich so aber

nicht fortsetzen: Die CSU sollte künftig weiter zulegen, um in den 80er-Jahren wieder abzugeben. Die SPD konnte nur noch einmal zulegen und sollte in der Folge kontinuierlich verlieren. Die sonstigen Parteien blieben – bis auf kurze Intermezzi von Rechtsextremisten und -populisten in den 90er-Jahren – bedeutungslos, während die freien Wähler seither kontinuierlich zulegen, sich organisatorisch allmählich verfestigten und 1998 erstmals auch bei einer Landtagswahl antraten.

Die Kommunalwahl vom 11. Juni 1972 brachte der CSU eine deutlich Steigerung auf 45,6 %. Die SPD erreichte ihr historisch bestes Ergebnis von 36,8 %. Die FDP fiel auf 1,8 % zurück und die sonstigen Parteien auf 1,0 %. Die freien Wählergruppen kamen auf 10,6 %.

Bei der Kommunalwahl vom 5. März 1978 konnte sich die CSU erneut verbessern und ihr Resultat näher an den Korridor der Werte der anderen Wahlen führen. Sie holte 53,0 % – ihr bislang bestes Ergebnis bei Kommunalwahlen in Bayern. Die SPD fiel deutlich auf 30,3 % zurück, während sich die FDP auf 2,8 % erholen konnte. Die sonstigen Parteien stagnierten bei 0,9 %; auch die freien Wählergruppen konnten sich mit 10,5 % nicht verbessern. Angesichts dieser Konstellation liegt die Vermutung nahe, dass die CSU ihre Gewinne hauptsächlich aus der Wählerschaft der SPD hat holen können.

Bei der Kommunalwahl vom 18. März 1984 traten die Grünen erstmals auf dieser Ebene an. Diese neue Konkurrenzsituation scheint eher der CSU geschadet zu haben. Sie verlor (wenn auch auf hohem Niveau) und kam noch auf 49,1 %. Die SPD stagnierte bei 30,5 %, während die Grünen auf Anhieb 3,6 % holten und damit die FDP mit 2,2 % deutlich überflügelten. Die sonstigen Parteien kamen auf 0,6 %. Die freien Wählergruppen verbesserten sich leicht auf 10,8 %. Wahrscheinlich hat die CSU also auch an diese neue Gruppierung der Grünen abgeben müssen, was bei Landtags- oder Bundestagswahlen kaum der Fall war.

Die Kommunalwahl vom 18. März 1990 brachte mit den Republikanern in Bayern eine Verschärfung der Konkurrenzsituation. Die CSU fiel auf 41,9 %; die SPD verlor ebenfalls und kam auf 28,4 %. Die Grünen konnten sich auf 5,4 % verbessern, die FDP nur auf 2,5 %. Die sonstigen Parteien kamen auf 6,3 % (darunter die Republikaner mit 5,4 %), die freien Wählergruppen auf 11,9 %. Wahrscheinlich gingen die Verluste der CSU also bei dieser Wahl stärker auf das Konto der Republikaner.

Bei der nächsten Kommunalwahl am 10. März 1996 waren die Republikaner als Herausforderung zwar fast verschwunden, die Grünen und die freien Wählergruppen konnten ihre Position aber jeweils deutlich verbessern. Die CSU erholte sich etwas auf 43,1 %, während die SPD auf 25,7 % fiel. Die FDP erreichte mit 1,6 % den niedrigsten Wert ihrer Geschichte bei Kommunalwahlen in Bayern. Die Grünen stiegen auf 6,9 % und die freien Wählergruppen sogar auf 15,3 %. Die sonstigen Parteien kamen nur noch auf 4,1 %, darunter die Republikaner mit 1,8 %. Vor allem die freien Wähler sollten in den beiden folgenden Kommunalwahlen ihre Position sogar noch ausbauen.

Am 3. März 2002 – also im Jahr der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers – konnte sich die CSU wieder auf 45,5 % verbessern, während die SPD nochmals leicht auf 25,1 % zurückging. Die freien Wähler stiegen erneut leicht auf 15,6 %, während die Grünen auf 5,7 % zurückgingen. Die FDP konnte sich nur leicht auf 2,0 % verbessern; die sonstigen Parteien gingen auf 3,1 % zurück. Davon erhielten die ÖDP 1,3 %⁷⁸ und die Republikaner 1,1 %.

Die Kommunalwahlen vom 2. März 2008 bestätigten den Trend, dass die CSU am stärksten von der Konkurrenzsituation mit den freien Wählern betroffen war, was sich bei den Landtagswahlen im September noch dramatischer auswirken sollte. Die CSU holte noch 40,0 % und damit den schlechtesten Wert seit 1966. Die SPD kam noch auf 22,6 %, den schlechtesten Wert bei Kommunalwahlen überhaupt. Die Grünen steigerten sich auf 8,2 % und die FDP auf 3,8 %. Die freien Wähler kamen auf einen Rekordwert von 19,0 %; die sonstigen Parteien erholten sich leicht auf 4,0 %, darunter die ÖDP mit 2,0 %. Insofern waren diese Kommunalwahlen ein Vorbote der Landtagswahl vom September 2008, die der CSU einen Rekordverlust und den freien Wählern ein Spitzenergebnis brachten.

6. Zusammenfassung: heutige und künftige Wählerschaft der CSU

Über Jahrzehnte hat die CSU ihre dominante, ja hegemoniale Stellung im bayerischen Parteiensystem gehalten. Ihr Aufstieg in der Gunst der bayerischen Wähler – ab 1953 bei Bundestagswahlen, mit einiger Verzögerung bei Landtags- und Kommunalwahlen – hat in Verbindung mit der Konsolidierung der Parteienkonkurrenz dazu geführt, dass sich das Tableau in Bayern immer mehr zu einem asymmetrischen Parteiensystem entwickelt hat. Dieser Prozess hat mit der Landtagswahl 2008, als erstmals seit über 50 Jahren die Option zur Alleinregierung in Bayern verloren ging, einen Dämpfer erhalten. Ob sich damit und mit der Bundestagswahl 2009 der historische Trend umgekehrt hat, ist keineswegs entschieden.

Die Wahlergebnisse in Perspektive

Der Charakter der CSU als unechte Regionalpartei erfordert es auch, die Bedeutung der CSU nicht nur unter regionalpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Innerhalb des christlich-demokratischen Lagers hat sie schon aus quantitativen Gründen eine gewichtige Rolle gespielt. Nur bei den ersten Bundestagswahlen 1949 war die Union bundesweit im Verhältnis stärker als die CSU in Bayern allein. Bei allen späteren Bundestagswahlen holte die CSU relativ einen höheren Wert als die Union insgesamt – mit zum Teil erheblichen Unterschieden. Besonders hoch fiel diese Differenz 1980 (57,6 % zu 44,5 %) und 2002 (58,6 % zu 38,5 %) in den Jahren mit CSU-Kanzlerkandidaten aus. Aber auch in anderen Jahren war die Differenz erheblich (so 1976 oder 1998). Daran hat sich bis in die jüngste Zeit nichts geändert: Bei der Bundestagswahl 2005 holte die CSU in Bayern 49,2 %, die Union im Bund 35,2 %. Nach wie vor trägt die CSU also erheblich und weit überdurchschnittlich zum Gesamtergebnis der Union bei. Der Anteil sowohl am Gesamtergebnis der Union wie auch an der CSU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag betrug seit 1953 etwa ein Fünftel. Nur bei den Wahlen 1990 und 1994 fiel er etwas darunter, um 1998, 2002 und 2005 wieder auf das alte Niveau anzusteigen. Die Wiedervereinigung hat also nur kurzfristig die langfristigen Kräfteverhältnisse innerhalb der Union leicht verschoben. Dies lässt sich auch an den Mitgliederzahlen ablesen: War das Verhältnis der Mitglieder von CSU und CDU nach der Wiedervereinigung von Werten um 3,5 auf über 4 angestiegen (also auf ein CSU-Mitglied kamen rechnerisch 3,5 oder 4 CDU-Mitglieder), so ist dieses seit 1990 fast kontinuierlich auf etwa 3,3 gefallen und hat damit ein historisch niedriges Niveau erreicht. Die CSU ist also schon rein quantitativ gegenüber der CDU keineswegs schwächer geworden und kann dieses Gewicht auch in Zukunft einsetzen.⁷⁹ So ist die Mitgliederzahl insgesamt von 1990 bis Ende 2007 bei der CDU um 18,0 % zurückgegangen, bei der CSU aber nur um 10,64 %. In der gleichen Zeit verlor die SPD bundesweit 42,78 % und die bayerische SPD 37,74 % ihrer Mitglieder.⁸⁰

Auf der einen Seite ist die CSU bei ihren letzten Resultaten unter den langfristigen Durchschnitt der Wahlergebnisse in Bayern gefallen. Bei Bundestagswahlen seit 1949 war dieser

Durchschnitt 52,21 %; selbst für die Wahlen ab 1990 liegt er bei 50,20 %. Bei Landtagswahlen seit 1946 ist der Gesamtdurchschnitt bei 50,96 %; für die Wahlen ab 1990 sogar 52,94 % und für die Europawahlen von 1979 bis 2009 beträgt er 54,78 %. Auf der anderen Seite schlagen sich in diesen Durchschnittswerten aber auch die Werte nieder, die zum Teil unter ganz anderen politischen, gesellschaftlichen und medialen Rahmenbedingungen erzielt worden sind, wie sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorherrschen. Eine Veränderung dieses asymmetrischen Parteiensystems würde ja eine weitere signifikante Schwächung der CSU bei gleichzeitigem Erstarken von Oppositionsparteien, die miteinander gegen die CSU koalitionsfähig sind, bedeuten. Diese Entwicklung ist aber überhaupt nicht abzusehen. Beispielsweise war der Abstand der CSU zur SPD bei Landtagswahlen – mit Ausnahme der Wahl 2003 – seit Ende der 70er-Jahre auf etwa demselben Niveau. Selbst bei der Landtagswahl 2008 konnte die CSU diesen Abstand zur SPD bei 24,8 Prozentpunkten halten, bei den Europawahlen 2009 sogar bei 35,2 Punkten. Nur bei wenigen Wahlen konnte sich die SPD in den letzten Jahrzehnten der CSU überhaupt etwas annähern, so bei der Bundestagswahl 1998: Dort fiel der Abstand auf 13,3 Punkte, um 2002 wieder auf 32,5 und 2005 auf 32,7 Punkte anzusteigen. Selbst bei der für die CSU schwierigen Bundestagswahl 2009 betrug er noch 25,7 Punkte. Die SPD als größte Oppositionspartei in Bayern hatte also in den letzten Jahrzehnten keinerlei Chance, zur CSU aufzuschließen. Die jüngsten Wahlen haben keinen Indikator dafür gegeben, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern könnte.⁸¹ Selbst wenn man sich die Parteilager ansieht, ist das Bild nicht grundlegend anders. SPD und Grüne zusammen haben in Bayern seit 1982 stets etwa ein Drittel der Stimmen geholt und sind 2003 und 2008 unter die 30%-Marke gefallen. Ähnlich sieht das Bild bei den Bundestagswahlen aus, wo sie nur 1998 auf 40,3 % ansteigen konnten, um 2002 und 2005 wieder auf 33,7 bzw. 33,4 % und 2009 sogar auf 27,6 % abzufallen. Selbst wenn man die Linke dazu rechnet, käme man nur auf Werte von 32,4 % bei der Landtagswahl 2008 und 36,8 % bei der Bundestagswahl 2005 sowie 34,1 % bei der Bundestagswahl 2009. Diese Größenordnungen werden von der CSU allein immer noch deutlich übertroffen – rechnet man die FDP dazu, dann hat das bürgerliche Lager nach wie vor klare Mehrheiten über 50 %. Aber die Verteilung hat sich geändert: Bei der Landtagswahl 2008 erzielten CSU, FDP und FW 61,6 % – fast soviel, wie 1982 noch CSU und FDP zusammen geholt hatten. Bei der Bundestagswahl 2009 kamen CSU und FDP zusammen auf 57,2 % – zwar kein Rekordminus, aber deutlich weniger als bei den anderen Bundestagswahlen der letzten Jahrzehnte. Mit einem Anwachsen des linken Lagers in Bayern ist also nicht zu rechnen, die CSU muss allerdings die Gefahr sehen, dass sie aus diesem großen bürgerlichen Wählerpotenzial nicht mehr so einfach ihre Mehrheiten holen kann wie in früheren Jahren.

Ein Indikator dafür ist die Zahl der bei Wahlen tatsächlich erreichten Stimmen. Auch wenn die prozentualen Anteile bislang zumeist (bis auf die Landtagswahlen 2008 und die Bundestagswahlen 2009) auf hohem Niveau verblieben, zeigt sich eine etwas schlechtere Entwicklung, wenn man die Ausschöpfungsquote betrachtet, also die Zahl der für die CSU abgegebenen Stimmen nicht an der Zahl der Wähler, sondern der Wahlberechtigten misst.⁸² Bei den

Bundestagswahlen hatte dabei die CSU auch 1980 und 1983 Werte um die 50 % erreicht, die in der Folge in den 90er-Jahren nur noch ein Niveau von 37-39 % erreichten. Im Jahr 2002 stieg es wieder auf 47,41 %, um 2005 erneut auf das bisherige Niveau von 37,88 % und 2009 weiter auf 30,16 % abzufallen. Bei den Europawahlen ist die Ausschöpfungsquote – die wegen der Wahlbeteiligung immer schon niedriger war – bei den beiden letzten Wahlen auf 22,49 % (2004) und 20,21 % (2009) gesunken. Der Wert bei der letzten Europawahl 2009 war also das Resultat mit der bislang niedrigsten Ausschöpfungsquote überhaupt für die CSU. Bei den Landtagswahlen ist die Entwicklung ähnlich: Nur 1950 lag die CSU bei 21 %. Dann stiegen die Werte deutlich an und lagen in den 70er- und 80er-Jahren um und über 40 %. Bei den Landtagswahlen 1990, 1994 und 1998 lag sie fast stabil um die 35 %, um 2003 etwas und 2008 deutlich auf 25,06 % abzusinken. Diese Entwicklung zeigt, dass die CSU insbesondere seit den 90er-Jahren wachsende Probleme hat, die gewohnten großen Teile der Wählerschaft bei Wahlen an sich zu binden. Die gesunkene Wahlbeteiligung und vergleichbare Mobilisierungsprobleme anderer Parteien (insbesondere der SPD in Bayern) haben bislang dafür gesorgt, dass sich dies in den prozentualen Werten nicht entsprechend umgesetzt hat. Gleichwohl bleibt es für die CSU eine Gefahr, einer wachsenden Reservearmee aus Nichtwählern gegenüberzustehen, die (zumindest theoretisch) nennenswerte Anteile potenziell mobilisierbarer Wähler anderer (oder neuer) Parteien beinhalten könnte.

Der Weg zur Etablierung der CSU als dominante Partei war lang. Die allerersten Wahlen im Land und in den Kommunen haben gezeigt, welches Potenzial in einer neuen christlich-demokratischen Sammlungspartei im Nachkriegsdeutschland lag. Die Entscheidung, nicht als Teil der CDU anzutreten, sondern sich mit dem Namen CSU als eigenständige bayerische Partei anzubieten, sollte die Attraktivität noch erhöhen. In den ersten Jahren des Wiederaufbaus Bayerns und Deutschlands wurde sie aber zunächst zum Opfer der ungeordneten Verhältnisse der Nachkriegspolitik. Trotz der ersten Erfolge der Volksparteien und der Einführung von Quoren war das Parteiensystem noch recht vielgestaltig. Mehrere Kleinparteien auf Bundes- wie auf Landesebene waren über lange Jahre eine ernsthafte Konkurrenz. Der Doppelcharakter der CSU als Teil der Union und gleichzeitig als eigenständige bayerische Partei sollte sich aber langfristig als Erfolgsformel erweisen. Während bei Landtags- und Kommunalwahlen die BP und andere kleine Parteien bis in die 50er- und 60er-Jahre hinein die Expansion der CSU hemmten, holte sie bei Bundestagswahlen viel schneller überragende Ergebnisse. Bei den Kommunalwahlen erreichte sie erst 1960 die 40%-Marke; bei Landtagswahlen überschritt sie die 40%-Marke 1958, nachdem die „Viererkoalition“ in Bayern gegen sie zerbrochen war. Bei Bundestagswahlen lag sie schon 1953 knapp unter 50 % und 1957 deutlich darüber. Diesen Wert hat sie erst 1998 nach unten durchbrochen, um 2002 deutlich darüber und 2005 knapp darunter abzuschneiden. Bei Landtagswahlen blieb die CSU 1962 und 1966 noch knapp unter der 50%-Marke, die sie erst 1970 überspringen konnte. Auf diesem Niveau blieb sie bis zur Landtagswahl 2008. In den Kommunalwahlen, wo eine andere Konkurrenzsituation eine solche Dominanz nie ganz zuließ, konnte sie nur 1978 die 50%-Marke überschreiten. Allerdings konnte sie sich seit 1966 bis zur Kommunalwahl

2008 immer auf Werten bei oder über 40 % halten. Die Europawahlen in Bayern brachten für die CSU meist Ergebnisse, die herrschende Trends über- oder untertraben. So lag sie 1979 und 1999 über den vergleichbaren Resultaten der Zeit in Bund und Land, 1989 und 1994 aber darunter. Angesichts des besonderen Charakters der Europawahlen können diese Ergebnisse also wohl auch als Indikator für die Potenziale der Partei in konkreten historischen Situationen gedeutet werden.

Die CSU konnte also über Jahrzehnte auf allen Ebenen große Erfolge bei Wahlen feiern. Die Frage, ob dafür vor allem die Landes- oder die Bundespolitik verantwortlich war oder ob die feste Verankerung in allen Regionen Bayerns bei gleichzeitigem weit über Bayern hinausgehendem Anspruch, ist schwer zu beantworten. Wahrscheinlich haben viele Faktoren eine Rolle gespielt, die auch von der Wahlforschung nicht leicht zu entwirren sind.⁸³ Dabei hat die CSU wohl tendenziell immer davon profitiert, nicht nur während der Oppositionszeiten im Bund, sondern auch wenn sie an der Regierung beteiligt war, als eigenständige Kraft auftreten zu können. Die CSU hatte dabei via Bayerische Staatsregierung immer in einem gewissen Rahmen die Möglichkeit, auch auf eine unionsgeführte Bundesregierung auf Distanz zu gehen, um die Zustimmungswerte zur Partei in Bayern auf hohem Niveau zu halten, auch wenn die Zustimmung zur Bundesregierung einmal nicht im gewünschten Rahmen lag. Eine entsprechende Analyse von Harald Schoen findet Hinweise dafür, „dass es der CSU mit ihrer Strategie, auf Bundesebene als innerkoalitionäre Opposition zu agieren, gelungen ist, Kritik an der von ihr gestützten Bundesregierung auf ihre Mühlen zu lenken“.⁸⁴ Insofern scheint es wahrscheinlich zu sein, dass sich im Fall der CSU spätestens seit den 70er-Jahren ihre hohen Zustimmungswerte im Land, die sich auch zumeist in hohen Werten der Parteiidentifikation ausdrückten, eher auf die Zustimmung ihrer Rolle als Akteur im Bund auswirkten als umgekehrt. Die bayerischen Wahlen und die Ergebnisse für die CSU waren daher zwar nicht nur von den landespolitischen Gegebenheiten beeinflusst, aber wahrscheinlich eher mehr als bei anderen Parteien und in anderen Ländern.⁸⁵ Diese Konstellation hat wohl entscheidend dazu beigetragen, dass in den letzten Jahrzehnten die CSU bei Landtagswahlen (anders als in der Frühzeit) zumeist besser abgeschnitten hat als bei Bundestagswahlen. In den 90er-Jahren waren dies immerhin Abstände von 3,0 Prozentpunkten 1990, 1,6 Punkten 1994 und 5,0 Punkten 1998. Der Aufschwung in der Ära Stoiber ließ das Bundestagsergebnis 2002 auf 58,6 % ansteigen, um von der Landtagswahl 2003 mit 60,7 % noch übertroffen zu werden. Das Resultat bei der Bundestagswahl 2005 ging dann auf 49,2 % zurück und wurde dann aber vom Landtagsergebnis 2008 mit 43,4 % und dem Resultat der Bundestagswahl 2009 mit 42,5 % klar unterboten. Ob dies eine grundlegende Umkehr des Trends bedeutet, kann noch nicht endgültig beantwortet werden. Insgesamt gilt wohl noch, dass die CSU ihre Position im Bund anders und für die landespolitische Position effektiver einsetzen kann als andere Parteien. „Sind solche Anstrengungen erfolgreich, ist mit Wirkungen auf die Rolle bundespolitischer Orientierungen auf Landtagswahlverhalten zu rechnen. Beispielsweise könnte die Unzufriedenheit mit einer von der CSU mitgetragenen Bundesregierung die Wahlchancen der CSU in Bayern steigern, statt sie zu mindern. Zugleich müssen positive

Einstellungen zu CSU-Bundespolitikern die Wahrscheinlichkeit eines CSU-Landesvotums nicht notwendig erhöhen.“⁸⁶

Die CSU als bayerische Partei

Die Frage, ob die CSU auch außerhalb Bayerns ein Erfolgsmodell gewesen wäre, hat sich in der Realität nie gestellt. Immerhin stand die deutsche Parteienlandschaft zwei Mal kurz vor einem solchen Experiment, nämlich 1976 nach der (später revidierten) Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im deutschen Bundestag und 1990 mit der Diskussion um eine Kandidatur der CSU in den neuen Bundesländern (die Unterstützung der DSU blieb eine Episode). In beiden Fällen setzte sich letztlich die Position durch, die CSU solle ihr angestammtes Wahlgebiet Bayern behalten und die Arbeitsteilung mit der CDU fortsetzen. Schon kurz nach der zweiten Expansionsdebatte zeigten Daten renommierter Wahlforscher, dass dies wohl die richtige Entscheidung gewesen war. Jürgen Falter und Siegfried Schumann kamen aufgrund von Umfragedaten aus dem Jahr 1990 zu dem Ergebnis, dass seinerzeit bei einer Kandidatur der CSU außerhalb Bayerns zwar das Gesamtergebn der Union von 45 % auf 48 % hätte ansteigen können. Wenn aber gleichzeitig die CDU in Bayern angetreten wäre – und das wäre die unmittelbare Konsequenz dieser Entscheidung gewesen –, dann hätte die CSU außerhalb Bayerns zwar 4 % geholt, innerhalb Bayerns aber nur noch 41 %, während die CDU in Bayern 23 % bekommen hätte.⁸⁷ Die bisherige CSU-Klientel würde sich etwa im Verhältnis zwei zu eins auf die CSU und die „neue“ CDU in Bayern aufgeteilt haben. Die Sonderrolle der CSU und ihre Hegemonie in Bayern wären mit einem Schlag beendet gewesen – mit völlig unklarer Zukunftsperspektive. Analysen derselben Autoren mit Daten aus dem Januar 1992 brachten im Kern dasselbe Ergebnis.⁸⁸ Wäre diese Entscheidung damals so getroffen und umgesetzt worden, dann hätte sich das bayerische und deutsche Parteiensystem deutlich anders entwickelt.

Dass das Wahlverhalten in Bayern über Jahrzehnte anders war als in anderen Teilen Deutschlands, war unübersehbar. Über die Gründe hierfür konnte in der Publizistik wie in der Forschung nicht so leicht ein einheitliches Urteil gefällt werden. Ende 1982 versuchte Jürgen Falter die bisherigen Forschungen Alf Mintzels in einem Beitrag zu ergänzen. Dort stellte er die These auf, dass (dabei griff er eine Formulierung Willy Brandts aus dem Jahr 1974 auf) Bayerns Uhren wirklich anders gehen.⁸⁹ Aufgrund von Daten der Forschungsgruppe Wahlen folgerte er, dass es durchaus ein spezifisch bayerisches Wahlverhalten gebe und revidierte damit seine eigene Analyse der Landtagswahl von 1978. Die Gründe hierfür sah er sowohl in der unterschiedlichen Sozialstruktur als auch in unterschiedlichen, etwas konservativeren politischen Einstellungen im Land. Daneben sei aber auch ein besonderer „Bayerneffekt“ festzustellen, der aber im Detail durch die empirische Wahlforschung schwer nachzuweisen sei. Diese Analyse erklärte zwar auf der einen Seite die Erfolge der CSU durch die spezifischen günstigen bayerischen Rahmenbedingungen. Auf der anderen Seite hätte

dies möglicherweise die Interpretation ermöglicht, der CSU würden ihre Erfolge aufgrund der Gegebenheiten mehr oder minder in den Schoß fallen; sie müsste sich deswegen nicht so sehr anstrengen wie andere Parteien und dieser Vorsprung würde dann verschwinden, wenn sich diese Effekte im Laufe der Zeit abschwächen.

Dieser Analyse wurde von Alf Mintzel – immerhin fünf Jahre später – widersprochen.⁹⁰ Er stellte die These auf, „dass sich in Bayern in einem fundamentalen Prozess der politisch-kulturellen Homogenisierung dieses Bundeslandes erst so etwas wie eine (gesamt-)bayerische bzw. staatsbayerische politische Kultur entwickelt hat und dass diese politisch-kulturelle Homogenisierung zugunsten der bayerischen Mehrheits- und Staatspartei zu einem Gutteil Resultat von politisch-kulturellen Homogenisierungsstrategien der regierenden bayerischen Funktionseliten ist“.⁹¹ Die CSU sei zur „bayerischen Dominanzpartei“ geworden, indem sie zuerst im altbayerischen Raum, dann ab 1969 auch im fränkisch-protestantischen Raum ihre „politisch-kulturelle Hegemonie“ ausbaute.⁹² Auch diese Analyse der CSU als Elitekonstrukt im idealen politisch-kulturellen Umfeld konnte die Erfolge der CSU auf allen Ebenen nicht ausreichend erklären. Wäre bei Falter ein residualer Bayerneffekt zu verzeichnen gewesen, den es mit weiteren Forschungen aufzuhellen gelte, wäre für Mintzel die CSU quasi ein einziger Bayerneffekt oder die singuläre Verkörperung desselben gewesen. Auch die weitere Dynamik wäre kaum vorstellbar gewesen – so lange Bayern existiert, hätte die CSU von diesem Effekt profitieren müssen. Auch diese These legte einen parteipolitischen Attentismus nahe und konnte die Mobilisierungserfolge insbesondere seit den 80er-Jahren kaum erklären.

Beiden Analysen gemeinsam ist, dass offenbar in Bayern wahlsoziologische Spezifika vorhanden waren und vielleicht noch sind, die die politische Rolle der CSU begünstigt haben. Die CSU hat aber durch ihre Politik in Bayern und im Bund diese Rahmenbedingungen gewiss nicht unerheblich mitgestaltet. Ob die bayerische politische Kultur jemals so homogenisiert war, ist unklar – die große Rolle, die regionale Proporzentscheidungen bei Personal- und Sachfragen für die CSU in Partei und Staatsregierung immer gespielt haben, mag dafür ein Gegenbeispiel sein. Der „Bayerneffekt“ mag vorhanden sein, aber wohl eher in stets sich wandelnder Form. Die über Jahrzehnte vorhandene Rekrutierungs- und Mobilisierungsfähigkeit der CSU war nur denkbar, wenn stets neue Generationen und soziale Gruppen gebunden werden konnten. Ebenso wichtig war die anhaltende Fähigkeit, Wähler auf dem Land wie in den Städten anzusprechen.⁹³ Die Erneuerung der Partei in der Organisation war nur eine Voraussetzung; eine kontinuierliche Erneuerung in der Mitgliedschaft, bei den Mandatsträgern und den Wählern mindestens genauso wichtig. Dabei ist, wie Jürgen Falter betont hat, die Wählerschaft der CSU in ihrer Zusammensetzung der Gesamtwählerschaft immer ähnlicher geworden.⁹⁴ Die CSU ist daher wahlsoziologisch voll in der Mitte der bayerischen Gesellschaft verankert. Programmatik wie Parteistrategie müssen aber heute darauf achten, dass man sich nicht an die Wähler von gestern richtet: „Im Vergleich zu 1966 ist die CSU-Wählerschaft im Jahre 2003 säkularer, sehr viel stärker aus dem neuen Mittelstand stammend,

deutlich älter, formal sehr viel gebildeter und etwas weniger stark mit der Partei identifiziert.“⁹⁵ Die Demonstration von Kontinuität bei gleichzeitigem permanenten Wandel war ein wesentliches Erfolgsrezept der CSU auf den Wählermärkten. Möglicherweise ist das im Kern der Bayerneffekt, den die Wahlforschung seit langem sucht.

Unübersehbar ist aber, dass sich die Struktur der Wählerschaft in Bayern und die der CSU nach wie vor von der im restlichen Deutschland unterscheidet. Die Prozesse der Veränderung und der Angleichung laufen weiter, haben aber die Differenzen bisher nicht komplett aufheben können. So hat Franz Urban Pappi unlängst gezeigt, dass sich wesentliche sozialstrukturelle Daten auch während der Veränderungsprozesse in ihren absoluten Werten nach wie vor von der Situation in anderen Landesteilen abheben. So ist etwa die Zahl der Konfessionslosen in der Wählerschaft in Bayern von 5 % im Zeitraum 1980 bis 1990 angestiegen auf 9 % in den Jahren 1991 bis 1998 und 11 % in den Jahren von 2000 bis 2008. Im sonstigen Westdeutschland sind diese Werte jedoch von 9 % über 14 % auf 16 % gestiegen; in Ostdeutschland sogar auf 71 %.⁹⁶ Der Anteil der Katholiken betrug in der Zeit von 2000 bis 2008 in der Wählerschaft noch 37 %, die der katholischen Kirchgänger noch 25 %. Auch wenn diese rückläufig sind, so sind dies immer noch deutlich mehr als die 11 % im restlichen Westdeutschland oder die nur 1 % katholische Kirchgänger im Osten. Eine traditionelle Kerngruppe der Wählerschaft der CSU ist also noch überdurchschnittlich stark vertreten, was dazu führt, dass die katholischen Kirchgänger in Bayern 2000 bis 2008 noch 34 % der Wählerschaft der CSU ausmachten, aber nur 21 % der CDU-Wählerschaft im Westen und nur 3 % der CDU-Wähler im Osten.⁹⁷ Auch andere Faktoren sind für den Volkspartei Charakter der CSU günstig: So war 2000 bis 2008 die Gruppe der Wählerschaft, die sich subjektiv der Arbeiterschicht zugehörig fühlt, mit 34 % noch deutlich größer als im restlichen Westdeutschland mit 27 %. Auch die nach 1945 Geborenen ohne Abitur sind in Bayern mit 59 % stärker vertreten als in Westdeutschland mit 52 %. Dies trug dazu bei, dass in diesem Zeitraum die Arbeiterschicht in Bayern 33 % der Wähler stellte gegenüber nur 24 % für die CDU in Westdeutschland.⁹⁸ Insgesamt waren die Wähler in der unteren Einkommensgruppe im Zeitraum von 2000 bis 2008 bei der CSU mit 27 % deutlich stärker vertreten als bei der CDU im Westen mit 22 % – in der CDU in den neuen Bundesländern allerdings mit 32 % noch stärker.⁹⁹ Diese Analyse unterstreicht, dass die CSU nach wie vor größere Rücksicht nehmen muss auf traditionelle Bevölkerungsgruppen, aber auch auf diejenigen Segmente, die zur unteren Mittelschicht gehören und viel von den Leistungen des Sozialstaats erwarten und auf diesen angewiesen sind. Von daher muss die CSU auch künftig noch etwas stärker Partei der „kleinen Leute“ sein als die CDU.

Die CSU im 21. Jahrhundert

Mit dem Wechsel ins zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist die CSU nicht mehr die übermächtig dominante Partei vergangener Jahrzehnte. Dennoch spricht wenig dafür, dass sich an ihrer einzigartigen Position im deutschen Parteiensystem kurzfristig viel ändert. Ihre Gesamtlage stellt sich nach wie vor deutlich besser dar als bei anderen Parteien, vor allem der unmittelbaren Konkurrenzpartei SPD. Aber auch im Vergleich zur Schwesterpartei steht sie sicher deutlich stärker als die meisten Landesverbände der CDU da. Ihre organisatorische Grundstruktur ist intakt; ihre Mitgliederzahl ist im Vergleich zu anderen Parteien in Deutschland wie im Ausland nach wie vor hoch.¹⁰⁰ Selbst wenn Ergebnisse unter der 50%-Marke bei künftigen Wahlen häufiger eintreten sollten, muss sich an ihrer grundsätzlichen strategischen Situation wenig verändern. Selbst mit einem Koalitionspartner in München wird sich an der Asymmetrie des bayerischen Parteiensystems in absehbarer Zeit nichts ändern. Wie Oskar Niedermayer gezeigt hat, war diese Asymmetrie zugunsten der CSU in Bayern noch stärker ausgeprägt als in anderen Ländern mit dominanter Union.¹⁰¹ Von 1970 bis 2008 zeigte sich diese Asymmetrie besonders deutlich; obwohl die Grünen die FDP 1986 als drittstärkste Partei ablösten, blieb das Dreiparteiensystem und die Dominanz der CSU erhalten.¹⁰² Auch wenn sich im Bayerischen Landtag seit der Landtagswahl 2008 ein Fünfparteiensystem verfestigen sollte, muss diese Dominanz nicht zwangsläufig zurückgehen. Im Deutschen Bundestag wird die CSU ohnehin schon aufgrund der hohen Zahl der gewinnbaren Direktmandate in der nächsten Zeit nicht viel schwächer vertreten sein als jetzt. Die Bundestagswahl 2009, wo sie alle 45 Direktmandate gewann, hat dies unterstrichen. Ins Europäische Parlament wird sie mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei der nächsten Wahl wieder einziehen können.

Trotzdem hat die bayerische Landtagswahl 2008 das Koordinatensystem für die CSU verändert. Die über Jahrzehnte gewohnten Zustimmungsniveaus wurden nach unten durchbrochen. Auch wenn die Rückkehr auf die alten Niveaus theoretisch möglich ist, so ist doch unübersehbar, dass die Schwankungsbreiten größer geworden sind. Aber nicht nur personelle Faktoren und konjunkturelle Einflüsse haben sich sehr stark ausgewirkt, auch die strukturellen Veränderungen in der bayerischen Wählerschaft haben ihre Spuren hinterlassen. So war das weitere Wählerpotenzial der CSU vor der Landtagswahl deutlich geschrumpft: Nur 38 % der Bayern sagten, für sie käme die Wahl der CSU ganz bestimmt und für 5 % eventuell in Betracht; 53 % sagten „auf gar keinen Fall“. Rechnet man die beiden ersten Gruppen zusammen, dann hat die CSU bei Ausschöpfung ihres weitesten Wählerpotenzials gerade ihr Wahlergebnis von 43,4 % erreichen können. Diese Werte waren in vergangenen Jahren und Jahrzehnten viel höher gelegen; vor der Bundestagswahl 2005 lag dieses Potenzial für die CSU noch bei 73%!¹⁰³ Bei dieser Landtagswahl war es der CSU also nicht mehr gelungen, unter Mobilisierung großer Teile ungebundener Wählerpotenziale auf eine Summe von „35 + 15 + x“ zu kommen, was in der Vergangenheit die wirkliche Erfolgsformel war, die die absoluten Mehrheiten einbrachten.¹⁰⁴ Die gestiegene Volatilität auch in Bayern wird die Umsetzung

dieser Formel in die Realität der Wahlergebnisse in der Zukunft erheblich erschweren. Dies hat auch die Bundestagswahl 2009 gezeigt, bei der die CSU trotz insgesamt guter Ausgangslage und einer realistischen Perspektive zur Regierungsbildung für die Unionsparteien und die Liberalen weit unter dem Wert von 50 % blieb.

Natürlich kann sich auch die CSU den Veränderungen in der politischen Partizipation in Deutschland und Europa nicht entziehen. Das Wählerverhalten hat sich über Jahrzehnte verändert und praktisch überall mehr Vielfalt in die Parteiensysteme einziehen lassen. Die Nachfragestruktur hat sich auch im deutschen Parteiensystem geändert; schon seit langem war auch in Bayern eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine absolute Mehrheit einer Partei. Es spricht für die Integrationskraft der CSU, dass sie es bis ins 21. Jahrhundert hinein immer wieder geschafft hat, bei verschiedenen Wahlen mehr als 50 % der Stimmen zu bekommen. Dass dies künftig sehr viel schwieriger sein wird, muss an der strategischen Position der CSU nicht viel ändern. Dies zeigt auf der anderen Seite ein Blick auf die Angebotsstruktur im deutschen und im bayerischen Parteiensystem: Die SPD ist weit deutlicher zurückgegangen und mittlerweile in ihrem Bestand als Volkspartei gefährdet. Die Grünen haben sich in einer beachtlichen Nische des Wählerpotenzials festgesetzt, aber möglicherweise den Höhepunkt ihres Wachstums erreicht. Die Linke bleibt in Bayern eine Kleinpartei; ob die Piraten über diesen Status hinauskommen, ist alles andere als sicher. Selbst alle drei linken Parteien zusammen kommen nicht annähernd an die CSU heran. Hingegen konnte sich die FDP deutlich verbessern – allerdings entspricht dies dem gewohnten Lagerwahlverhalten der Vergangenheit, wonach strategische Wähler im bürgerlichen Lager sich oft orientiert hatten. Außerdem war die FDP in Bayern über Jahre so schwach vertreten gewesen, dass diese erst einmal mit der Verstärkung ihrer organisatorischen Präsenz beschäftigt sein dürfte. Die Freien Wähler waren bei den Kommunalwahlen und Landtagswahlen der größte Profiteur der Gesamtkonstellation. Dies können sie im Prinzip auch weiterhin sein, aber sie werden bei Bundestags- und Europawahlen wohl keine Rolle spielen. Schließlich ist auch keine neue ernsthafte Konkurrenz von rechts außen oder von (rechts)populistischen Parteien in Sicht. All dies spricht dafür, dass die CSU auch in den nächsten Jahren ihre Position als dominante Partei in einem asymmetrischen bayerischen Parteiensystem erhalten kann. Auch Werte über 50 % sind in diesem Szenario zumindest theoretisch möglich, vor allem wenn der Niedergang der SPD anhält und sich die Zustimmung zu Piraten und Freien Wählern wieder etwas abkühlt. Die Zukunft ist offen – aber die CSU hat im bayerischen und im deutschen Parteiensystem nach wie vor sehr gute Karten.

Anmerkungen

- ¹ So bei Hirscher, Gerhard: Regionalparteien in Deutschland: Rahmenbedingungen, historische und aktuelle Beispiele, in: Regionale Wege in Europa. Föderalismus – Devolution – Dezentralisierung, hrsg. von Petra Zimmermann-Steinhart, München 2006, S. 37-57; siehe auch Hirscher, Gerhard: Landespartei und Mehrebenenpolitik – Anmerkungen zur Rolle der CSU, in: Koalitionsregierungen in den Ländern und Parteienwettbewerb, hrsg. von Julia Oberhofer und Roland Sturm, München 2010, S. 277-289.
- ² Siehe zur Frühzeit der CSU-Landesgruppe: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1972, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 15/I, bearbeitet von Andreas Zellhuber und Tim B. Peters, Düsseldorf 2011.
- ³ Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004, S. 65 ff.
- ⁴ Siehe hierzu als Überblick Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010.
- ⁵ Falter, Jürgen: Wandel durch Anpassung: Die Veränderung der CSU-Wählerschaft 1966-2003, in: Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, hrsg. von Werner Patzelt, Martin Sebaldt und Uwe Kranenpohl, Wiesbaden 2007, S. 374-389, hier S. 374.
- ⁶ Siehe hierzu als Überblick Mintzel, Alf / Wasner, Barbara: Landesparlamentarismus in Bayern, in: Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, hrsg. von Siegfried Mielke und Werner Reutter, Wiesbaden 2004, S. 79-109.
- ⁷ Einen immer noch interessanten Überblick über die Literatur zur frühen CSU bietet Schlemmer, Thomas: Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976, in: Historisch-Politische Mitteilungen, hrsg. vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik 6/1999, S. 287-324.
- ⁸ Mintzel, Alf: Die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter, Bonn 1990, S. 199-236.
- ⁹ Ebd., hier S. 203.
- ¹⁰ Siehe hierzu die Zusammenstellung im Anhang, in Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU, München 1995.
- ¹¹ Siehe Mintzel, Alf: Die bayerische Landtagswahl vom 27.10.1974. Triumph einer konservativen Partei: ein wahlsoziologischer Sonderfall?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6/1975, S. 429-446.
- ¹² Ebd., hier S. 436, 439.
- ¹³ Als Beispiel Mintzel, Alf: 21 Thesen zur Entwicklung der CSU. Ergebnisse einer parteiensoziologischen Analyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6/1975, S. 218-233.
- ¹⁴ Mintzel, Alf: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 162.
- ¹⁵ Ebd.
- ¹⁶ Ebd., S. 126.
- ¹⁷ Siehe Falter, Jürgen: Die bayerische Landtagswahl vom 15.10.1978: Anti-Strauß-Wahl oder Mobilisierungsschwäche einer „Staatspartei“?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 10/1979, S. 50-64.
- ¹⁸ Ebd., hier S. 58, gestützt auf die Auswertungen von infas.
- ¹⁹ Siehe Falter, Jürgen: Die bayerische Landtagswahl vom 10.10.1982: Im Süden – beinahe – alles beim Alten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14/1983, S. 82-95.
- ²⁰ Siehe Schultze, Rainer-Olaf: Die bayerische Landtagswahl vom 12.10.1986: Stabile Verhältnisse wie nachhaltige Veränderungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18/1987, S. 38-56.
- ²¹ Ebd., hier S. 39.
- ²² Koch, Susanne: Parteien in der Region, Opladen 1994, S. 165.

- 23 Siehe hierzu die Aufsätze Jesse, Eckhard: Die CSU im vereinigten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6/96, 2.2.1996, S. 29-35 und Hirscher, Gerhard: Die CSU nach den Wahlen 1994, in: Umbruch und Wandel im westeuropäischen Parteiensystem, von Winand Gellner und Hans-Joachim Veen, Frankfurt a. M. 1995, S. 155-179.
- 24 Siehe Schultze, Rainer-Olaf: Die bayerische Landtagswahl vom 14.10.1990: Bayerische Besonderheiten und bundesrepublikanische Normalität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22/1991, S. 40-58.
- 25 Siehe hierzu Fascher, Eckhard: Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28/1997, S. 21-27; Hirscher, Gerhard: Die Republikaner, Auseinandersetzung mit einer Protestpartei zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Akademie-Report der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1990.
- 26 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14.10.1990, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 59, Mannheim, Mai 1990 (sic! gemeint ist wohl 1991), S. 32.
- 27 Ebd., S. 40.
- 28 Siehe Schumann, Siegfried: Die Landtagswahl in Bayern. Akademie Report, hrsg. von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1991, S. 46 f.
- 29 Siehe Jung, Gabriele / Rieger, Günter: Die bayerische Landtagswahl vom 25.9.1994: Noch einmal gelang der CSU ein machiavellisches Lehrstück, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26/1995, S. 232-249.
- 30 Siehe Hirscher: Die CSU nach den Wahlen 1994, S. 155-179.
- 31 Diese Konstellation als „machiavellisches Lehrstück“ zu bezeichnen in dem Sinn, dass „Zeit und die Umstände ... (ihrer) Handlungsweise so günstig“ waren, geht an der historischen Dimension dieser Wahl vorbei. So bei Jung / Rieger: Die bayerische Landtagswahl vom 25.9.1994, S. 248 f.
- 32 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25.9.1994, Bericht Nr. 75, Mannheim, 28.9.1994, S. 35.
- 33 Renz, Thomas / Rieger, Günter: Die bayerische Landtagswahl vom 13.9.1998: Laptop, Lederhose und eine Opposition ohne Optionen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30/1999, S. 78-97.
- 34 Infratest Dimap Wahlreport Landtagswahl in Bayern vom 13.9.1998, Berlin, Oktober 1998, S. 9.
- 35 Siehe Kießling, Andreas: Stoiber, Laptop und Lederhose – Die CSU im doppelten Medienwahlkampf, in: Civis 2/98, S. 11-16.
- 36 Wehling, Hans-Georg: Freie Wähler (FW/FWG), in: Handbuch der deutschen Parteien, hrsg. von Frank Decker und Viola Neu, Wiesbaden 2007, S. 288-294.
- 37 Renz / Rieger: Die bayerische Landtagswahl vom 13.9.1998, S. 87 ff.
- 38 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13.9.1998, Bericht Nr. 90, Mannheim, 16.9.1998, S. 42.
- 39 Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Bayern vom 13.9.1998, Berlin, Oktober 1998, S. 9.
- 40 Rieger, Günter: Die bayerische Landtagswahl vom 21.9.2003: Banale Sensationen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34/2003, S. 702-720.
- 41 Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Bayern vom 21.9.2003, Berlin, November 2003, S. 6.
- 42 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 21.9.2003, Bericht Nr. 113, Mannheim, September 2003, S. 28.
- 43 Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Bayern vom 21. September 2003, Berlin, November 2003, S. 6.
- 44 Die Rolle der Opposition schien dadurch noch schwieriger zu werden. Siehe Steinack, Katrin: Auf verlorenem Posten? Eine Untersuchung zu Einflussmöglichkeiten der Opposition im Bayerischen Landtag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38/2007, S. 327-348.
- 45 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 21.9.2003, Bericht Nr. 113, Mannheim, September 2003, S. 32 ff.

- ⁴⁶ Zwar deuteten Umfragen unmittelbar vor der Wahl auf ein Ergebnis in dieser Höhe hin, aber ein solches Resultat ist in diesem historischen Kontext als „banale Sensation“ wohl nicht adäquat beschrieben; siehe Rieger: Die bayerische Landtagswahl vom 21.9.2003.
- ⁴⁷ Siehe Kießling, Andreas: Das lange Ende der Ära Stoiber. Die CSU nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S. 83-100.
- ⁴⁸ Deutschländer, Christian: Machterosion und der Einfluss der Medien anhand der Analyse des Sturzes des Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Diplomarbeit nach Maßgabe der Diplomprüfungsordnung für Studenten der Hochschule für Politik München zur Erlangung des akademischen Grades eines Dipl.sc.pol.Univ. der Ludwig-Maximilians-Universität, München 2011.
- ⁴⁹ Siehe Schultze, Rainer-Olaf unter Mitarbeit von Grasnik, Jan: Die bayerische Landtagswahl vom 28.9.2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40/2009, S. 34-55; Wagemann, Claudius: Zwischen Erfolgspolitik und Populismus. Wie der CSU ihre eigene Strategie zum Verhängnis wurde, in: Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft, Politika 09. Jahrbuch für Politik, hrsg. von Günther Pallaver und Thomas Krager, Bozen 2009.
- ⁵⁰ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 28.9.2008, Bericht Nr. 132, Mannheim, September 2008, S. 27.
- ⁵¹ Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Bayern vom 28.9.2008, Berlin, Oktober 2008, S. 19.
- ⁵² Ebd., S. 49.
- ⁵³ Siehe auch James, Peter: End of an Era? The Landtagswahl in Bavaria, September 2008, in: German Politics 18/2009, S. 103-109.
- ⁵⁴ Schultze: Die bayerische Landtagswahl vom 28.9.2008, hier S. 54.
- ⁵⁵ Siehe hierzu die Daten bei <http://www.statistik.bayern.de/wahlen/landtagswahlen>.
- ⁵⁶ Die Werte für 2008 stammen aus dem Wahlreport Bayern 2008 von Infratest Dimap.
- ⁵⁷ Siehe hierzu die Wahlreporte von Infratest Dimap zu den Bayerischen Landtagswahlen.
- ⁵⁸ Zellhuber, Andreas: Einleitung, in: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1972, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 15/I, bearbeitet von Andreas Zellhuber und Tim B. Peters, Düsseldorf 2011, S. XXII.
- ⁵⁹ Ebd., S. XXIV.
- ⁶⁰ Ebd., S. XXV.
- ⁶¹ Zusammen mit 13 Listenkandidaten kam die Landesgruppe auf 49 Mitglieder und blieb daher relativ ähnlich stark wie zuvor. Über die Landesliste wurden auch zwei Abgeordnete gewählt, die in einem Wahlbündnis mit dem GB/BHE für die CSU nominiert worden waren. Siehe Zellhuber: Einleitung, in: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, S. XXVII.
- ⁶² Siehe Oberreuter, Heinrich: Die CSU nach der Bundestagswahl 1990, in: Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, hrsg. von Peter Eisenmann und Gerhard Hirscher, München 1992, S. 27-34.
- ⁶³ Siehe Zellhuber: Einleitung, in: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, S. XXVIII.
- ⁶⁴ Schultze, Rainer-Olaf: Die bayerische Landtagswahl vom 14.10.1990: Bayerische Besonderheiten und bundesrepublikanische Normalität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22/1991, S. 40-58, hier S. 56.
- ⁶⁵ Siehe als Überblick über diese jüngste Entwicklung der CSU Hirscher, Gerhard: Die CSU nach den Wahlen 1998: Tendenzen zur „lose verkoppelten Anarchie“, zur „Cäsarisierung“ und „Bonapartisierung“?, in: Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich, hrsg. von Tobias Dürr und Franz Walter, Opladen 1999, S. 419-444.
- ⁶⁶ Siehe hierzu Richter, Saskia: Die Kanzlerkandidaten der CSU, Hamburg 2004; Müller, Kay: Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden 2004, S. 132 ff.

- 67 Immerfall, Stefan: Die CSU: Faktoren ihrer Vorherrschaft und Stellung im Unionslager, in: Zeitschrift für Politik 52/2005, S. 381-396, hier S. 394.
- 68 Siehe hierzu Hirscher, Gerhard: Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, in: Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen, koord. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, München 2006, S. 83-118.
- 69 Siehe zur Bundestagswahl 2009: Hirscher, Gerhard: Ende der absoluten Mehrheit der CSU? Politik, Wahlkampf, Wahlergebnisse, Folgen, in: Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, koord. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, München 2010, S. 211-231; Weigl, Michael: Auf dem Weg zu einer normalen Partei? Die CSU nach der Bundestagswahl 2009, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2011, S. 79-106.
- 70 Siehe www.statistik.bayern.de/wahlen/bw2006/repraetab17.htm.
- 71 Siehe: www.statistik.bayern.de/wahlen/bw2006/repraetab15.htm.
- 72 Siehe hierzu die Wahlreports von Infratest Dimap zu den Bundestagswahlen.
- 73 Wüst, Andreas M. / Tausendpfund, Markus: 30 Jahre Europawahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24/2009, S. 3-9, hier S. 5.
- 74 Die Daten stammen vom Landeswahlleiter Bayern; eigene Zusammenstellung.
- 75 Siehe hierzu die entsprechenden Wahlanalysen von Infratest Dimap zu den Europawahlen.
- 76 Daten von den jeweiligen Wahlanalysen von Infratest Dimap; eigene Zusammenstellung.
- 77 Siehe die Zusammenstellung beim Landeswahlleiter Bayern, <http://www.statistik.bayern.de/wahlen/kommunalwahlen/>
- 78 Die ÖDP blieb in den letzten Jahrzehnten stets eine auf regionaler Ebene verankerte Kleinpartei und konnte daher für die CSU nie eine wirkliche Konkurrenz sein. Siehe Kranenpohl, Uwe: Ökologisch-demokratische Partei (ödp), in: Handbuch der deutschen Parteien, hrsg. von Frank Decker und Viola Neu, Wiesbaden 2007, S. 351-357; Kranenpohl, Uwe: Die bayerische ÖDP: Landespolitischer Reißnagel oder quantité négligeable?, in: Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, hrsg. von Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu, Frankfurt a. M. 2006, S. 298-318.
- 79 Generell zum Verhältnis von CDU und CSU in den 90er-Jahren siehe Deiß, Matthias: Die Führungsfrage. CDU und CSU im zwischenparteilichen Machtkampf, München 2003.
- 80 Eigene Zusammenstellung. Für die Werte der CSU bis 1990 siehe Gnad, Oliver (Bearb.): CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teilband II: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 515 ff. Für die Werte der SPD siehe Walter, Franz: Vor dem großen Umbruch: Die SPD, in: Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?, hrsg. von Volker Kronenberg und Tilman Mayer, Freiburg 2009, S. 101-126, hier S. 115.
- 81 Die von Gerd Strohmeier angeführte Möglichkeit, dass von der CSU abgängige Wähler über den Umweg von FW oder FDP zur SPD kommen könnten, ist wohl äußerst unwahrscheinlich, siehe Strohmeier, Gerd: Quo vadis CSU? Die bayerische Landtagswahl 2008 und ihre Folgen, in: Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft, hrsg. von Volker Kronenberg und Tilman Mayer, Freiburg 2009, S. 143-161, hier S. 157.
- 82 Die folgenden Werte entsprechen eigenen Berechnungen auf der Basis der veröffentlichten Werte des Landeswahlleiters Bayern.
- 83 Siehe hierzu Schoen, Harald: Landtagswahlen in Bayern 1966-2003: bundespolitische Durchdringung aufgrund der Doppelrolle der CSU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38/2007, S. 503-512.
- 84 Ebd., hier S. 508.
- 85 Schoen, Harald: Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966-2003, in: Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Kerstin Völkl, Kai-Uwe Schnapp, Everhard Holtmann und Oscar W. Gabriel, Baden-Baden 2008, S. 63-92.

- ⁸⁶ Ebd., hier S. 68.
- ⁸⁷ Falter, Jürgen W. / Schumann, Siegfried: Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen. Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B11-12/1991, S. 33-45, hier S. 35.
- ⁸⁸ Falter, Jürgen W. / Schumann, Siegfried: Die Wahlchancen von CDU und CSU in den neuen Bundesländern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B19/1992, S. 17-30.
- ⁸⁹ Falter, Jürgen: Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 13/1982, S. 504-521.
- ⁹⁰ Mintzel, Alf: Gehen Bayerns Uhren wirklich anders? Zurückweisung einer falschen These, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18/1987, S. 77-93.
- ⁹¹ Ebd., hier S. 85.
- ⁹² Ebd., hier S. 88.
- ⁹³ Siehe Hirscher, Gerhard: Wählerschaft in Stadt und Land – hat die CSU weniger Probleme als andere Parteien?, in: *Civis* 3-4/2005, S. 21-24.
- ⁹⁴ Siehe Falter: Wandel durch Anpassung.
- ⁹⁵ Ebd., hier S. 388 f; siehe hierzu auch Oberreuter, Heinrich: Zwischen Programm und Populismus – die offene Zukunft der CSU, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 2/2011, S. 163 ff.
- ⁹⁶ Die Werte stammen aus folgender Studie: Pappi, Franz Urban: CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich, (Aktuelle Analysen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, 57) München 2011, hier S. 12.
- ⁹⁷ Ebd., hier S. 24.
- ⁹⁸ Ebd., hier S. 14 f, 25.
- ⁹⁹ Ebd., hier S. 29.
- ¹⁰⁰ Siehe hierzu die Veröffentlichung der jüngsten Parteimitgliederstudie Spier, Tim / Klein Markus u. a. (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden 2011.
- ¹⁰¹ Niedermayer, Oskar: Regionalisierung des Wahlverhaltens und des Parteiensystems auf der Bundesebene 1949 bis 2009, in: *Wählen in Deutschland* (Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift), hrsg. von Rüdiger Schmitt-Beck, Baden-Baden 2012, S. 134-156; hier S. 145.
- ¹⁰² Siehe Kießling, Andreas: Das Parteiensystem Bayerns, in: *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, hrsg. von Uwe Jun, Melanie Hass und Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S. 125-146, hier S. 136 ff.
- ¹⁰³ Diese Werte wurden von Dr. Helmut Jung, GMS, auf einer Tagung der Politischen Akademie in Tutzing am 12.12.2008 vorgestellt.
- ¹⁰⁴ So ebenfalls Dr. Helmut Jung in Tutzing am 12.12.2008.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour

- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht

- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen

